Nr. 24. Halle (Saale), Dienstag, den 29. Januar 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatlich 1.— Mk. bei freier Zustellung ins Haus an jed. Werktag. Durch die Post bezogen gleichfalls 1.— Mk. oder 3.— Mk vierteljährlich, und 14 Pfg. Bestellgeld für monat., wenn die Zustellung vom Postboten erfolgt.

„Neue Welt", wöchentlich erscheinende Unterhaltungsbeilage, 10 Pfg. im Monat.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschluß Nr. 1647.

Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16100.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene, 46 mm breite Petitzeile kostet 30 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Angeb.-unter Text: für die 92 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.

Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 8 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1945. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1947.

Neue Versuche.

Wiederaufnahme der Sonderfriedens-Verhandlungen.

In Brest-Litowsk werden heute die Friedensverhandlungen aufs neue wieder aufgenommen. Leider nicht Verhandlungen für einen allgemeinen Frieden, sondern nur Verhandlungen zum Zwecke eines Sonderfriedens mit Rußland und der Ukraine.

Die Schwierigkeiten für einen solchen Sonderfrieden haben sich in der Zeit der Unterbrechung der Verhandlungen nicht gemindert. Im Gegenteil: sie haben sich verstärkt — und zwar in grundsätzlicher und in technischer Hinsicht. Die beiden Parteien hatten sich über die Grundsätze in bezug auf Garantierung des freien Selbstbestimmungsrechts der Grenzvölker nicht einigen können und diese Streitpunkte vertagt. Jetzt haben die Regierungen der Mittelmächte aufs neue ihr Festhalten an ihren Bedingungen bekräftigt, sodaß die deutsche bürgerliche Kriegspresse heute schreibt: die Russen müssen sich nun einfach fügen, sonst werden die Kanonen wieder donnern. Die festgelegten Bedingungen der Regierungen der Mittelmächte besagen:

Anerkennung der durch privilegierte „Vertretungen" „bereits vollzogenen" Losreißung der Grenzvölker (Polen, Litauen, Kurland, Livland) von Rußland; Zulassung lediglich einer späteren „konfirmierenden" (bestätigenden) Volksabstimmung in den besetzten Gebieten; Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung bis nach der Abstimmung.

Von diesen Festlegungen wollen die Regierenden der Mittelmächte nicht abweichen. Sie sprachen bereits ihr „Unantastbar" gegenüber den russischen Bedingungen aus und haben das noch vielfältig lassen. Die russische Auffassung vom Selbstbestimmungsrecht ist eine andere. Die Russen fordern:

Zulassung und Sicherung einer freien, unbeeinflußten Volksabstimmung nach Räumung der besetzten Gebiete durch die Besatzungstruppen.

In der Praxis spitzen sich die Differenzen auf die eine Tatsache zu: Zurückziehung der Truppen oder nicht! Das ist die Frage. Die russische Proletarier-Regierung könnte dem Weiterbestehen der Militärbesetzung nur zustimmen, wenn sie ihre Grundsätze, ihr Wesen, das sie zur Macht gebracht hat, aufgäbe und über Bord würfe. Tut sie das, so weiß sie, daß ihre Stunde bald gekommen sein wird. — So stehen also die grundsätzlichen Widersprüche hart auf hart.

Die organisatorischen Schwierigkeiten der Friedensverhandlungen sind durch die Kämpfe in der Ukraine vermehrt worden. Die Rada in Kiew hat sich immer deutlicher als bürgerliche Regierung entpuppt, die in schroffen Gegensatz zu den Arbeiter- und Soldatenräten trat und immer revolutionsfeindlicher wurde. Die Sowjets formten eine neue Regierung in Charkow, die zwar selbständig, aber als ukrainischer Teil der großen russischen Zentral-Sowjet-Regierung amtiert. Die Sowjet-Soldaten traten dafür in den Kampf und blieben überall siegreich. Die „Rada" kann heute nicht mehr als Vertretung des ukrainischen Volkes anerkannt werden. Diese Frage muß bei den Verhandlungen in Brest geklärt werden. Wollten die Mittelmächte nur mit der „Rada" einen Sonderfrieden im Sonderfrieden schließen, so könnte sich leicht erweisen, daß die Rada nichts hinter sich gehebt habe.

Brest-Litowsk könnte in kurzer Zeit den Sonderfrieden mit Rußland bringen, wenn das freie Selbstbestimmungsrecht der Grenzvölker in demokratischer Form gesichert würde. Nach Anerkennung dieses Grundsatzes auch in der Praxis (nicht nur in Worten), wäre der Grundstein für den allgemeinen Frieden gelegt. Die schaffenden Klassen Oesterreichs und Deutschlands haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß sie die Grundsteinlegung für den allgemeinen Frieden fordern.

•

Die Ukraine und Zentralrußland.

Ausschaltung der Sonderregierung Rada. — Gemeinsames Vorgehen der ukrainischen und russischen Sowjets.

Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht eine Erklärung der Vertreter der Bauern- und Arbeiter-Regierung der Ukraine zu Brest-Litowsk, in der sie sagen, daß das Generalsekretariat der ukrainischen Zentralrada nicht als Vertretung des gesamten ukrainischen Volkes anerkannt werden kann. Ferner erklären sie, daß alle von dem Generalsekretariat ohne ihre Zustimmung gefaßten Beschlüsse durch das ukrainische Volk nicht anerkannt und durchgeführt werden können, da sie gemeinsame Sache mit der Abordnung der Regierung der Bauern und Arbeiter Rußlands auf der Friedenskonferenz machen. Die Abgeordneten des Zentralausschusses für die Friedensverhandlungen sind beauftragt, bei den Friedensverhandlungen kategorisch zu erklären, daß keine von der Rada eingegangene Verpflichtung von den Sowjets des ukrainischen Volkes anerkannt werden wird. Nach Empfang dieser Erklärung stellte der Präsident der russischen Delegation Joffe den Vorsitzenden sämtlicher Delegationen einen Brief zu, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß die russische Delegation bereit ist, über den allgemeinen Frieden zu verhandeln zusammen mit den Vertretern der Ukraine. In Uebereinstimmung mit ihrem Wunsch läßt die russische Delegation sie als bevollmächtigte Vertreter der ukrainischen Bauern- und Arbeiter-Regierung zu.

Der Bruch mit Rumänien.

Nach einem Petersburger Funkspruch hat die Petersburger Regierung alle diplomatischen Beziehungen zu Rumänien abgebrochen. Die rumänische Gesandtschaft wird auf dem kürzesten Wege ins Ausland abgeschoben werden. Der Geldschatz Rumäniens, der in Moskau liegt, wird als unantastbar für die rumänische Oligarchie (Geldclaq Cliquen-Regierung) erklärt. Die russische Volksregierung übernimmt für die Aufbewahrung dieses Goldes und für die Uebergabe an das rumänische Volk die Verantwortung. General Tscherbatschew wird als außerhalb des Gesetzes erklärt.

Bei Galatz finden zwischen russischen und rumänischen Truppenteilen stärkere Kämpfe statt. Auf rumänischer Seite nehmen dabei schwere Artillerie und bei Galatz auch drei Monitore teil.

•

Im Innern Rumäniens wütet die Zersetzung ebenfalls. Wie gemeldet wird, hat der rumänische Ministerpräsident Bratianu seine Entlassung gegeben. Zu seinem Nachfolger soll General Averescu ernannt werden. Die Lage Rumäniens wird immer unhaltbarer.

Die Streikbewegung in Berlin.

N. K. Berlin, 28. Januar. Die allseitige Vermutung, daß die Arbeiterschaft Berlins heute in größere Streikbewegungen eintreten würde, hat sich bewahrheitet. Fast alle größeren Betriebe sind zwar am Morgen pünktlich in Arbeit getreten, aber nun 9 Uhr begannen große Arbeitermassen die Arbeit niederzulegen. Wie die bürgerliche Presse übereinstimmend meldet, sollen bis gegen Mittag etwa 100 000 ausständige Männer und Frauen gezählt worden sein. In den späteren Nachmittagsstunden ist diese Ziffer jedoch nach zuverlässigen Meldungen weiter gewachsen. In Betracht kommen dabei alle größeren Werke der Außenbezirke und Vororte Berlins. Im Laufe des Nachmittags hatte die Vertreter der einzelnen Betriebe zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengetreten. Zu gleicher Zeit hat bereits eine größere Anzahl von Versammlungen der Streikenden stattgefunden, um zu den zu stellenden Forderungen Stellung zu nehmen.

Da sich das Streikleben der örtlichen Verhältnisse wegen naturgemäß nicht im Innern der Stadt abspielt, ist die Bemerkung der bürgerlichen Presse, daß hier das Leben keine äußeren Veränderungen zeige, eine Selbstverständlichkeit. Dagegen prangen an den Litfaßsäulen Zettelanschläge, die einen Teil von Hindenburgs Brief an Gröner und die letzte Rede des Staatssekretärs Wallraf zur Kenntnis bringen.

•

Das offiziöse W. T. B. verkündet:

Berlin, 28. Januar. Bis zum Abend wurde aus ganz Berlin und Umgebung nicht ein einziger Zwischenfall gemeldet, der mit dem Ausstand im Zusammenhang gestanden hätte. Die Gesamtzahl der heute nicht zur Arbeit Erschienenen beträgt höchstens 90 000, darunter meistens jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen. An den meisten Betrieben ist die ganze Bewegung überhaupt spurlos vorüber gegangen. Ihrem Gepräge entsprechend war den Tag hindurch keinerlei auffällige Erscheinung wahrzunehmen.

•

Das Berliner Tageblatt schreibt: „Der Massenausstand in Berlin hat anscheinend nicht den Umfang angenommen, den man erwartet hatte. Charakteristisch ist, daß sich überall der Mangel einer einheitlichen Leitung zeigt. Irgendwelche Unruhen oder Zusammenrottungen sind bisher nicht vorgekommen. Nach amtlichen Feststellungen sind Montag morgen 16 Betriebe mit rund 40 000 Arbeitern im gesamten Groß-Berlin in den Streik getreten, bis Mittag waren es 40 Betriebe mit rund 100 000 Arbeitern, ein Bild, das sich allerdings von Stunde zu Stunde ändern kann. Von den einzelnen Betrieben seien folgende aufgeführt: In der Kugellagerfabrik Weißensee streiken 4000 Mann, bei Schwartzkopff (Scheringstraße) 4000 Mann, bei Erich u. Graetz von 6000 rund 2000, bei der Auer-Gesellschaft ruht der gesamte Betrieb (4000 Mann im Ausstand), ebenso streiken die gesamten Arbeiterschaften von Daimler und Goerz. Im Gegensatz dazu sind bei der A. E. G. im Hauptwerk von 16 000 Man nur etwa 600 im Ausstand, im Werk Acktrstraße von 12 000 nur 200, im Werk Huttenstraße haben alle Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Bei Ludwig Loewe streikt von 3100 Mann ungefähr ein Sechstel. Bei der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik sind die Arbeiten im vollen Gange, nur im Werk Buttenau sind 230 Arbeiter ausständig. Bei den Bergmann Elektrizitätswerken streiken von 6000 Arbeitern nur 90 Mann, bei Samson von 4000 nur 300 bis 400. Auf dem Flugplatz Johannisthal-Adlershof sind von 6000 Arbeitern etwa 70 Prozent ausständig. Bei den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Martinickenfelde und Bitenau streikt ein Teil der Arbeiter. Bei Lorenz streiken von 2000 Arbeitern nur etwa 250, bei Knorr-Bremse von 3500 etwa 50. Die Siemens-Schuckert-Werke und Siemens u. Halske arbeiten unverändert in vollem Betriebe, ebenso Oranstein u. Koppel in Spandau, während in dem Werk derselben Gesellschaft in Dremm von 2000 Arbeitern 1200 in den Streik getreten sind. Bei den Argus-Motoren ruht der gesamte Betrieb (1900 Mann). Bei Schüttelang sind ungefähr 400 Mann im Ausstand.

•

Die Voss. Ztg. meldet:

„Aus dem Gewerkschaftshause hören wir über die Bewegung folgendes: Es fanden dort heute vormittag Versammlungen der am Streik beteiligten Arbeitergruppen statt, in denen als Hauptforderungen aufgestellt wurden: das gleiche Wahlrecht für Preußen, Frieden, Neuordnung der Lebensmittelversorgung, Freigabe der verhafteten Führer. Es wurde ein Ausschuß von neun Mann gewählt, der mit den zuständigen Regierungsstellen in Verhandlung treten soll. Ueber die Beendigung des Streiks wurde nichts beschlossen. Die Aussprache darüber wurde den morgen erneut stattfindenden Versammlungen überlassen. Die Bewegung geht lediglich von der Haase-Gruppe aus; die sozialdemokratische Partei unter Scheidemann ebenso wie die Gewerkschaftskommission haben mit dem Streik nichts zu tun. Beide haben jedoch auch ihrerseits bisher eine Einflußnahme auf die Bewegung nicht in Erwägung gezogen, geschweige denn Beschlüsse irgendwelcher Art gefaßt. Die heute vormittag im Gewerkschaftshaus Versammelten werden auf 4000 geschätzt. Es waren in der Hauptsache die Metallarbeiter. Die Redner waren von den Unabhängigen gestellt worden. Es wurde Weisung erteilt, Kundgebungen jeder Art zu vermeiden. Nach den Mitteilungen, die uns aus dem Gewerkschaftshause zugehen, scheint die Bewegung zwar erheblich zu sein, ihr Umfang blieb aber doch wohl hinter den Erwartungen der Veranlasser zurück. Man hat den Eindruck, daß die Organisation nicht ganz so klappte, wie die Haase-Gruppe gehofft hatte."

•

Aus dem Reiche.

liegen erst wenige Nachrichten vor. So ist es am Sonnabend in Nürnberg, am Montag in Hamburg zu größeren Ausständen gekommen. Aus dem Ruhrrevier wird gemeldet, daß auf einer Langendreer Zeche und auf zwei Zechen des Dortmunder Reviers die Belegschaft Montag früh nicht eingefahren ist. (Aus Berliner Blättern.)

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 29. Januar 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der Champagne entwickelten sich lebhafte örtliche Kämpfe. Beiderseits der Straße St. Hilaire—St. Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme-Py und Pivont nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittage unter heftigstem feindlichen Feuer. Unter seinem Schutze stieß französische Infanterie mit Flammenwerfern zu starken Erkundungen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurden sie zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet. — Rege Fliegertätigkeit führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 13 feindliche Flugzeuge und einen Fesselballon ab. London und Sheerness wurden erfolgreich mit Bomben beworfen. Französische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Lazarette fort. Während im Monat Dezember die Lozarettanlagen von Rethel mehrfach Ziele ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Labry (östlich von Conflans) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den Abschnitten östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Monte Sisemol und westlich brach ihr Angriff vor den österreichisch-ungarischen Stellungen meist schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entrissen. Ebenso warfen unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rosso, sowie zwischen der Frenzela-Schlucht und der Brenta anstürmenden Feind nach schweren Kämpfen zurück. Wiederholte Versuche des Feindes, örtliche Einbruchstellen durch Einsetzen seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. 10 Offiziere und 350 Mann wurden gefangen. Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26. zum 27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bomben auf Gaisellfranco, Treviso und Mestre. Große Brände waren weithin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues

•

Verurteilung gefangener Flieger. Berlin, 28. Januar. Die am 17. Oktober 1917 südwestlich Cambrai abgeschossenen Insassen eines Flugzeuges der 11. Squadron, Leutnant Scholtz und Leutnant Wooken, sind am 1. Dezember 1917 vom Gericht einer mobilen Etappen-Kommandantur wegen Abwurfes feindlicher Aufrufe nach Bekanntmachungen auf Grund von § 58 Ziffer 9 in Verbindung mit § 160 des Militär-Strafgesetzbuches zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. (W. T. B.)

Ueber die Rationierung in England wird gemeldet: Die neue Verordnung des Nahrungsmittelkontrolleurs in England über die beiden fleischlosen Tage für Hotels, Restaurants, Klubs, Pensionen geht vom 2. Februar an die Fleisch- und Zuckermengen für sie herab, das Fleisch von bisher 340 Gramm auf 170, einschließlich Geflügel und Wildbret. Vor 10 Uhr morgens sind Fleischgerichte verboten. Ganz neu ist die Fettzuteilung von täglich 42 Gramm, davon die Hälfte Butter. Ueberraschend ist die Erhöhung der täglichen Brotmenge von 226 auf 269 Gramm.

Herabsetzung der Mehlration in Amerika. Washington, 24. Januar. Um einen reichlichen Ueberschuß an Mehl für die Ausfuhr an die Alliierten zu gewinnen, erwägt die Lebensmittelverwaltung gegenwärtig einen Plan, wonach der Verkauf von Mehl auf 75 Prozent der jetzt gehandelten Menge herabgesetzt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0001

Rußland.

Spaltung der Bolschewisten? Aus Petersburg melden Telegramme, es sei eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Minorität sei der Ansicht, daß die Schwächung und Zerstörung Rußlands zu einem Sonderfrieden zwinge, die Majorität einschließlich des linken Flügels der Sozialrevolutionäre sei bereit, in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die letzte Entscheidung liege bei Trotzki.

Die Rechts-Sozialisten gegen die Bolschewisten. Das Zentralkomitee der russischen sozialistischen Partei (Menschewiki) hat in ganz Rußland ein Manifest verbreitet, das gegen Lenin, Trotzki und die Maximalisten gerichtet ist. Darin werden Lenin und die anderen Führer beschuldigt, in Rußland im Namen des Sozialismus eine Schreckensherrschaft auszuüben. Die Repressalien seien noch furchterlicher als die Maßnahmen des seinerzeitigen Zarismus. Die Partei der Menschewiki fordert dazu auf, eine neue Konstituante einzuberufen.

Beseitigung des kapitalistischen Erbrechts.

Eine Meldung besagt, Die Sowjet-Regierung hat ein Dekret ausarbeiten lassen, welches das gesetzliche und testamentarische Erbfolgerecht aufhebt. Nach dem Todesfalle fällt das Vermögen des Erblassers dem neuerrichteten Staatsbote für öffentliche Fürsorge zu.

Die Kämpfe mit polnischen Legionären.

Petersburg, 26. Januar. Jretsch meldet: Krylenko brachte ein Radiotelegramm zur Kenntnis der Volkskommissare, das schleunigste Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orscha von den Punkten, die sie besetzt halten und die allgemeine Entwaffnung der polnischen Legionäre ordnet. Das Vorgehen der Polen soll die Antwort auf die Verhaftung des polnischen Zentralausschusses durch die Bolschewisten sein, die unter den Polen lebhafte Aufregung hervorgerufen habe.

Die Kämpfe in der Ukraine.

Petersburg, 27. Januar. Der Volksbeauftragte Antonof gibt bekannt, daß die Städte Krementschug, Romodan und Putiwl sich in den Händen der Bolschewiki befinden. Bei Bachmatsch finden Kämpfe statt. Bei Alexandrowsk ergaben sich 14 Abteilungen Kosaken nach einem Gefecht mit bolschewistischen Truppen. In Sewastopol wurden die Behörden der Sowjets anerkannt. Einige Sezessionistenkräfte der Rada stellten sich auf die Seite der Sowjets. Die Tataren wurden bei Jalta zurückgeworfen und bei Theodosia geschlagen.

Finnland.

Ueber Stockholm wird gemeldet: Der Bahnhof von Helsingfors befindet sich in den Händen der Roten Garde. Der Eisenbahnvorsteher und mehrere Beamte sind getötet worden. Seit Sonntag ist die telegraphische Verbindung zwischen Stockholm und Petersburg unterbrochen. Die finnländische Uebergangsstation Nystad signalisiert, daß die Rote Garde die Linien abgeschnitten hatte. Auch mit Finnland besteht keine Verbindung. Man erfährt über Petersburg und Haparanda, daß vollständige Anarchie in Finnland herrsche, besonders deshalb, weil die russische Bolschewiki-Regierung erklärt habe, sie sei gezwungen, ihren Grundsätzen gemäß, die finnländischen Revolutionäre im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu unterstützen. — Diese Nachrichten sind mehr oder weniger tendenziös gefärbt.

Frankreich.

Sozialistische Opposition gegen Clemenceaus Gewaltregiment. Nach Pariser Blättern erklärte der frühere Munitionsminister Albert Thomas in einer Rede in Bordeaux, die Sozialisten seien von Clemenceau durch sein tiefes Mißtrauen gegenüber den Kräften des Volkes und gegenüber allen volkstümlichen Strömungen getrennt. Thomas tadelte Clemenceaus Haltung gegenüber Rußland und den Nationalitäten in Oesterreich-Ungarn. — Zu dem Verbot an den sozialistischen Cachin, eine öffentliche Versammlung seiner Wähler im 18. Arrondissement von Paris abzuhalten, erklärt dieser in der Humanité, der tatsächliche Grund sei, daß die Reaktionäre nicht wollten, daß die Republikaner mit den Wählern in Fühlung träten, weil sie befürchteten, daß die Lügen zerstören würden, mit denen man das unglückliche Frankreich einlulle. Clemenceau habe sich widerstandslos auch in dieser Sache vor der Reaktion gebeugt.

B. T. B. will folgendes wissen:

Berlin, 28. Januar. Die Tatsache, daß eine amerikanische Kommission nach Frankreich kommen soll, um die drohende Zersetzung und Revolution aufzuhalten, wirkt ein grelles Licht auf die auch sonst durch vielfache Tatsachen beleuchtete verzweifelte Lage. Während man in Paris in Luxus und Leichtsinn schwelgt, gärt es im übrigen Lande mehr und mehr. Besonders schlecht steht es um die Landwirtschaft. Eine große Anzahl Bauernhöfe ist verlassen und verödet, da die Männer unter den Waffen stehen und die Frauen nicht mehr weiter arbeiten wollen. Die bei den großen Nachmusterungen der letzten Zeit zum Heeresdienst bestimmten Arbeiter weigern sich, an die Front zu gehen. Aus diesem Grunde ist es um und in St. Etienne zu schweren Ausschreitungen gekommen. Auch sonst sind Unruhen und Aufstände an der Tagesordnung. Die in und bei Grenoble befindlichen Truppen haben erklärt, daß sie nicht mehr weiter kämpfen werden.

Solche und ähnliche Nachrichten sind nicht verbürgt.

Norwegen und Amerika. Washington, 28. Januar. Das Kriegshandelsamt bestimmte den Bedarf Norwegens an Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsartikeln. Es wurde Ansen, dem norwegischen Abgesandten, eine Liste jener Waren vorgelegt, die die Vereinigten Staaten zu liefern gewillt sind. Das vorgeschlagene Uebereinkommen, das für die Kriegszeit beabsichtigt ist, sieht 300 000 Tonnen Brotgetreide, 50 000 Tonnen Zucker, 14 500 Tonnen Kaffee, 10 000 Tonnen Schweine- und Rindfleisch, 86 000 Tonnen Oele und Fette sowie andere Lieferungen von zusammen 500 000 Tonnen vor. Das Kriegshandelsamt legt Norwegen die Bestimmung auf, den Mittelmächten keine Schiffe für Munition, keine Nahrungsmittel, außer 48 000 Tonnen Fische jährlich, zu liefern.

Orlando wird antworten.

Mailand, 28. Januar. Der Berichterstatter der Stampa in Rom berichtet: Die Antwort auf die Reden der Grafen Hertling und Czernin werde im Namen der Entente durch Ministerpräsident Orlando bei der Eröffnung der italienischen Kammer erfolgen. Den italienischen Kriegszielen seien die Reden der feindlichen Staatsmänner wenig günstig, dagegen sei die Mehrzahl der Politiker der Ansicht, daß die Reden der Staatsmänner, ganz allgemein betrachtet, einen Schritt zum Frieden bedeuteten.

London, 28. Januar. Reuter. Der italienische Ministerpräsident Orlando sagte in einem Gespräch mit einem Vertreter der Morningpost: Er sei in allen wesentlichen Fragen mit den leitenden Mitgliedern der britischen Regierung nicht nur prinzipiell, sondern auch was die Methoden betreffe, zu einer Uebereinstimmung gelangt. Orlando glaubt, daß die Mittelmächte auf der italienischen Front noch eine Offensive unternehmen werden.

Vom U-Bootkriege.

Berlin, 28. Januar. Wie eine Meldung besagt, sind in der Zeit vom 1. Februar 1917 bis 31. Dezember 1917 27 Truppentransportdampfer und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial, darunter 97 mit Munition und fertigem Kriegsbedarf, von den deutschen Unterseebooten versenkt worden. Die hiermit vernichtete Menge von Munition würde den Bedarf von 50 Divisionen zu je 15 000 Mann für einen Monat gedeckt haben.

Neue Versenkungen. Berlin, 28. Januar. Unsere Unterseeboote haben zu Feinden wiederum einen Verlust von 18 000 Brutto-Registertonnen Handelsschiffsraum zu. Drei große Dampfer wurden unter der irischen Küste versenkt. Zwei von ihnen fuhren in einem durch Zerstörer stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer Maxton (3840 Brutto-Registertonnen.) (Amtlich.)

Das Londoner Daily Chronicle berichtet über den Verlust eines Lebensmittelschiffes, das einige Tage zuvor einen englischen Hafen erreicht hatte, jedoch ohne entladen zu haben, den Befehl erhielt, nach einem anderen Hafen zu fahren. Auf dem Wege dorthin wurde es torpediert. So ging das wertvolle Schiff mit Ladung verloren, obwohl die ganze Ladung hätte gelöscht und mit der Eisenbahn zu ihrem endgültigen Bestimmungsort hätte geschafft werden können. Die Sache wird das Parlament beschäftigen. Die Times hat über zwei ähnliche Fälle berichtet. Von den versenkten Dampfern hatte einer Tee, der andere 4000 Tonnen Fleisch geladen. Beide hatten im ersten mangels Entladeeinrichtungen nicht löschen können. Die Erregung unter der englischen Bevölkerung war groß; denn man rechnete nach, daß mit der versenkten Fleischmenge nach deutschen Verhältnissen 16 Millionen Menschen, d. h. über ein Drittel der englischen Bevölkerung eine Woche lang mit Fleisch hätten versorgt werden können.

Die Segelschiffe im Kriegsdienste. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sämtliche amerikanischen Segelschiffe übernehmen. Nach Angabe des Handelssekretärs zählt die amerikanische Segelschiff-Flotte mindestens 500 Schiffe von über 1000 Tonnen

Um die Resolution vom 19. Juli.

Die Versicherungen der Freisinnigen Zeitung, daß die Reichstags-Resolution vom 19. Juli die Zustimmung der Obersten Heeresleitung gefunden habe, wurden von der Nationalliberalen Korrespondenz auf das entschiedenste bestritten. Das parteiamtliche Organ der Nationalliberalen bezeichnet die Ausführungen der Freisinnigen Zeitung als eine „reine Datenspielerei", als „Kniff", als „Verschleierung der leicht nachweisbaren Tatsachen", um schließlich zu sagen:

„Im übrigen ist ja auch bekannt, daß der Reichskanzler Dr. Michaelis sich wiederholt darüber beklagt hat, ihr sei keine Gelegenheit gegeben worden, an der Resolution auch nur das Geringste zu ändern. Ebenso verhält es sich trotz aller gegenteiligen fälschlichen Behauptungen mit der Obersten Heeresleitung. Da die Freisinnige Zeitung sich so bewundert in den Daten jener Zulivergänge zeigt, so wird es ihr wohl nicht unbekannt sein, daß am 15. Juli auch die Vertreter der Konservativen, der Deutschen Fraktion und der Nationalliberalen beim Staatssekretär des Innern mit Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff eine Unterredung gehabt haben. Wir betonen nochmals, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg sich diesen Vertretern gegenüber ganz unzweideutig über die Resolution geäußert hat. Aus Rücksicht auf die augenblickliche Lage sehen wir davon ab, die damals gefallenen Worte mitzuteilen, sind aber bereit, sie der Freisinnigen Zeitung anzuvertrauen, wenn sie danach Verlangen trägt. Sie würden ihr den Beweis erbringen, daß unsere Darstellung, trotz der gegenteiligen Behauptung der Freisinnigen Zeitung, Wort für Wort wahrist."

Im Grunde genommen ist es für die Beurteilung der Politik der Regierung gleichgültig, ob die Freisinnige Zeitung oder die Nationalliberale Korrespondenz recht behält. Die Resolution vom 19. Juli liegt einer Regierung, die Annektionen erstrebt, keinerlei Hindernisse in den Weg. Wie die Regierung ihre Absichten im Osten unter einer undemokratischen Auslegung des Begriffs „Selbstbestimmungsrecht der Völker" zu erreichen sucht, so wird sie es auch nach Westen hin tun. Vertritt doch die alldeutsche Presse jetzt schon den Standpunkt, das flandrische Volk habe über das Geschick Flanderns, dieses wesentlichen Teiles Belgiens, bereits entschieden.

Der Griff nach der flandrischen Küste wird schließlich von den bürgerlichen Mehrheitsparteien für ebenso vereinbar mit ihrer Resolution vom 19. Juli gehalten werden wie ein Griff nach russischen Randprovinzen, wenn nur erklärt wird, daß es sich bei solchen Eroberungen nicht um gewaltsame Annektionen handelt.

Hübsch macht sich übrigens ein Vorwurf, den die Deutsche Tageszeitung gegen die Mehrheit und ihre Presse in dieser Sache erhebt. Sie schreibt nämlich:

„Wie der Sukere Heracog gewesen ist, das ist schließlich nebensächlich. Der Hauptpunkt in den Darlegungen der Nationalliberalen Korrespondenz war die Feststellung, daß die Oberste Heeresleitung mit der Resolution vom 19. Juli nicht einverstanden gewesen ist, ihr vielmehr mit schweren Bedenken gegenübergestanden hat. An dieser Tatsache läßt sich nicht rütteln und nicht deuteln; und jeder, der die damaligen Vorgänge wirklich kennt und etwas anders behauptet, sagt bewußt die Unwahrheit; was allerdings von einer gewissen Presse in ausgiebigem Maße geschieht."

Wir wollen uns den Vorwurf der bewußten Unwahrheit nicht zu eigen machen. Wir brauchen diese Erklärung für das jämmerliche Verhalten der Mehrheit nicht. Sie und ganz besonders die Regierungssozialisten haben es in der Selbsttäuschung so herrlich weit gebracht, daß sie selbst das Gegenteil dessen glauben, was sie sehen. Weil sie glauben wollen.

Kleine politische Nachrichten.

Die Stärke der Berliner Stadtverordneten-Fraktion. Gemeldet wird: Die Fraktion der Linken (Liberale) unter dem Vorsitz des Stadtverordnetenvorstehers-Stellvertreters Geheimen Justizrats Cassel zählt nunmehr 63 Mitglieder, die Freie Fraktion (demokratisch-liberal) unter dem Vorsitze des Abgeordneten, Bankdirektor R. Mommsen 36, die alte sozialdemokratische Fraktion unter dem Vorsitze des Stadtverordnetenvorstehers Heimann 24 und die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten unter dem Vorsitze von Dr. Weyl 21 Mitglieder unter Hinzurechnung der inzwischen durch den Tod erledigten 2 Mandate.

Politische Uebersicht.

Ein Augenblick der Einsicht.

In der Westfälischen Allgemeinen Volkszeitung, früher Dortmunder Arbeiterzeitung, einem regierungssozialistischen Organ, finden wir am Schlusse eines Artikels diese Auslassung:

„Talentuni hat sich selbst talentinisiert und den Hertling kann nächstens der Berg verschlingen. Der Fluch ihrer Halbheiten sucht die Reichstagsmehrheit heim. Um nicht alles zu gefährden, wich sie dem Kampf ums Ganze aus, verzichtete sie, die Entscheidungsfrage zu stellen: Wie soll der Krieg enden, zu welchen Zielen steuert die Regierung? Nun meistert der rücksichtslose Wille der Konservativen die Lage und erobert die beherrschende Position. Den harten inneren Kampf wollte die Reichstagsmehrheit nicht: die Volkseinheit im Existenzkampf durfte doch nicht ganz zerbrechen. Konservativ-alldeutscher Wille ist robuster. Wird nicht endlich auch die Mehrheit rücksichtslos handeln?"

Das Blatt scheint nicht zu merken, wie es mit dieser harten aber berechtigten Kritik sich selbst und die Politik seiner Fraktion kennzeichnet. Was hier der Reichstagsmehrheit, deren getreueste Diener doch die Scheidemänner sind, vorgeworfen wird, das geht vor allem die Regierungssozialisten an!

Der Drang nach dem gleichen Wahlrecht.

In Bielefeld fand eine Riesenkundgebung für das freie Wahlrecht in Preußen statt. Am Sonnabend, um 4 Uhr, verließen die meisten Arbeiter die Fabriken und zogen vor das Rathaus. Dort fand um 5 Uhr auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, um in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus bezw. des Wahlrechtsausschusses die Forderung der Bürgerschaft auf baldige Durchberatung der Wahlrechtsvorlage zu stellen. Die Stadtverordneten schlossen sich im Prinzip einstimmig dem Antrag an. Ein Teil der Rechten glänzte durch Abwesenheit; die Herren wollten nicht das Relief für die Massenkundgebung abgeben, wie ihr Redner erklärte, der sich der Abstimmung entfernte.

Die Massen harrten draußen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht und Absingen der Marseillaise.

Dann fanden in drei der größten Lokale der Stadt Versammlungen statt. Die Lokale waren überfüllt; die Mehrzahl der Demonstranten konnte keinen Einlaß finden. Es sprachen die sozialdemokratische Stadtvo. Mademann, Schreck und Severing über das Thema: Der Drang nach dem gleichen Wahlrecht. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

„Die Versammelten erklären, daß sie den Verschleppungs- und Verschandelungsbestrebungen der Wahlrechtsfeinde mit allen brauchbaren Mitteln zu begegnen entschlossen sind und die Verantwortung für die Folgen ablehnen, die sich aus dieser Abwehr ergeben könnten.

Die Versammelten beglückwünschen die österreichischen Arbeiter zu dem Erfolg, den sie in den letzten Tagen über die Feinde der Demokratisierung des Gemeindewahlrechts davongetragen haben. Sie versprechen, ihre ganze Kraft einzusetzen, daß auch Deutschland durch eine Demokratisierung seiner inneren Einrichtungen zu einer starken und geeinten Volksgemeinschaft wird."

Unter Hochrufen auf das allgemeine, geheime, direkte und gleiche Wahlrecht wurden die Versammlungen geschlossen. Die Kundgebung, an der sich 10 000 bis 12 000 Arbeiter beteiligten, nahm einen ruhigen ernsten Verlauf.

Für den Achtstundentag in Oesterreich.

Eigen Antrag auf Einführung des Achtstundentages haben die sozialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Reichsrat eingebracht. Sie fordern darin die Regierung auf, auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes sofort die zwölfstündige Schicht in den für Militärbedarf arbeitenden Betrieben durch den Achtstundentag zu ersetzen. Der Achtstundentag war bekanntlich eine der wichtigsten Arbeiterforderungen bei den österreichischen Streiks.

„Erzellenz" Sperk? An Stelle Pernerstorfers wird Karl Seitz zum Vizepräsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses gewählt werden. Da der Kaiser sowohl den Parlamentspräsidenten in Oesterreich und Ungarn den „Hofrang der Geheimen Räte" verliehen hat, ist es möglich, daß unser fröhlicher Genosse Seitz, der von Lueger einst gemaßregelte Schullehrer, zur sogenannten „Erzellenz" erhoben wird.

Die Schweizer Arbeiterschaft zur Zivildienstpflicht.

Der Schweizerische Gewerkschaftsausschuß, die Parteileitung, Sekretäre der Arbeiterunionen und Vertreter der Partei- und Gewerkschaftspresse hielten in Zürich eine Sitzung ab, die sich mit der Haltung der Arbeiterschaft zur Zivildienstpflicht befaßte. Der Sekretär des Gewerkschaftsbundes Dürr erstattete das Referat. Er wies darauf hin, daß die Zivilmobilisation zwar schon beschlossen sei, die eigentlichen Grundlagen dafür aber erst in Ausarbeitung sich befinden. Der Referent stellte als grundsätzliche Forderungen der Arbeiterschaft auf, daß der Zivildienst nicht militärisch zu organisieren sei, daß er auskömmlichen Lohn und annehmbare Arbeitsbedingungen biete, daß die Arbeiterschaft in den ausführenden Behörden vertreten sei, Schiedsgerichte eingesetzt würden und die Bedingungen genossenschaftlich-organisiert werde.

Die Diskussion beschäftigte sich ausgiebig mit dem letzten Punkt, da die Arbeiterschaft das Bestreben hegen, daß die Maßnahmen zu einer Stärkung der Interessen des privaten Besitzes ausgebaut werden könnten. Unter solchen Umständen müßte die Arbeiterschaft die Zivildienstpflicht ablehnen. Sie wäre jedoch durchaus bereit, ihr zuzustimmen:

1. Wenn sie den Interessen der Allgemeinheit dienstbar gemacht wird unter Ausschluß jeder Arbeit zu militärischen Zwecken.
2. Wenn die Dienstpflichtigen nur auf Grund und Boden, in Fabriken und Werkstätten beschäftigt werden, die ins öffentliche Eigentum überführt worden sind.
3. Wenn der organisierten Arbeiterschaft das Mitspracherecht zu den Arbeitsbedingungen garantiert wird.

Ein Antrag, der beim Bundesrat gegen jede mißbräuchliche Anwendung der Maßnahme protestiert und die Arbeiterforderungen geltend macht, konnte nicht sofort, wie von den Antragstellern gewünscht, angenommen werden, trotzdem die Versammlung inhaltlich damit einverstanden war. Die einzelnen Organisationen sollen noch zu der Frage Stellung nehmen und in kürzester Frist eine neue Delegiertenversammlung zur Beschlußfassung zusammentreten lassen.

Auf der Steuersuche.

Eine Reichs-Elektrizitätssteuer. Zu der künftigen Besteuerung der Elektrizität im Reiche schreibt die Tägliche Rundschau: eine Elektrizitätssteuer sei viel wahrscheinlicher als ein Elektrizitätsmonopol. „Gegen die Absicht, ein derartiges Monopol für das Reich zu schaffen, würden die Bundesstaaten, die für sich die elektrische Kraft verwerten wollen und dazu bereits geeignete Schritte getan haben — beispielsweise ist das in Bayern und Sachsen geschehen — entschieden Widerstand leisten. Außerdem aber bestehen gegen eine Monopolisierung der elektrischen Kraft mannigfache Erwägungen im allgemeinen. Man will bei der Erzeugung und Verwertung dieser Kraft die Privatindustrie nicht ausschalten. Dagegen erblickt man in einer ausgiebigen Steuer auf die Elektrizität einen willkommenen Beitrag zu der nach dem Kriege notwendigen Geldbeschaffung des Reiches."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0002

Ums tägliche Brot.

Eine neue Kartoffelprämie.

In diesem Jahre erstrebt man einen möglichst großen Umfang des Anbaues von Kartoffeln. Um das zu erreichen, wird geplant, für jeden Morgen mehr als bisher mit Kartoffeln bestellten Ackers dem Landwirt eine Prämie zu gewähren. So winkt den Agrariern eine neue Liebesgabe. Statt Einführung des Produktionszwanges: Ausdehnung des Prämiensystems auf Kosten der Verbraucher, die natürlich auch die neue Prämie bezahlen müssen. Der sachmännische Mitarbeiter eines Berliner Blattes meint zu diesem Plan unter anderem: „Da Weizen und Roggen bereits ausgesät sind, kann sich eine künftig sich herbeiführte, überaus starke Vermehrung des Kartoffelbaues leicht in einer entsprechenden Verminderung der Hafer- und Gerstenkultur rächen, und das wäre das schlimmste, was uns zur Erhaltung unserer Gespannviere begegnen könnte. Wahr ist ja, daß quantitativ ganz andere Erträge an Kartoffeln auf dem Hektar gewonnen werden können, wie an Getreide, da aber, wie das doch leider nicht selten ist, die Kartoffelernte vielleicht nicht den Hoffnungen entspricht, und gleichzeitig die Aussaat des Sommergetreides zugunsten der Kartoffelkultur gewaltig vermindert wird, so ist das doch ein Risiko, das einzugehen man sich überlegen sollte, zumal schon der fortmäßige gewaltig ausgedehnte Gemüse- und Rübenanbau wie die Oelfruchtzeugung allermeist auf Kosten der Getreideerzeugung erfolgt sind."

Europa darbt, Australien ersickt. Der Daily Mail wird aus Sidney gemeldet: Die Aussichten für das australische Weizengeschäft sind sehr düster. Premierminister Hughes erklärte, daß die augenblicklichen Vorräte in fünf Jahren über See gebracht werden können. Sachverständige schätzen, daß 100 Millionen Bushels Weizen noch von den letzten beiden Jahresernten unverkauft sind, während die einkommende Ernte auf 130 Millionen Bushels geschätzt wird, von denen nur 40 Millionen für Australien gebraucht werden. Weizen droht also etwas Unverkäufliches zu werden, und die Regierung von Neu-Südwales erwägt, die Bauern darin zu unterstützen, daß sie sich auf die Viehzucht verlegen.

Aus der Provinz.

Landaufenthalt für Stadtkinder.

Vom Verein Landaufenthalt für Stadtkinder sind, wie mitgeteilt wird, mit Unterstützung der Behörden wieder umfassende Maßnahmen getroffen worden, um auch im kommenden Frühjahre zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der heranwachsenden Jugend und zur Erleichterung der Ernährungsverhältnisse in den Städten und Industriebezirken eine umfangreiche Verpflanzung von Stadt- und Industriekindern auf das Land durchzuführen. Für den Entschluß der Landbevölkerung, Stadtkinder aufzunehmen, sind naturgemäß die Bestimmungen der maßgebenden Ernährungsbehörden von entscheidender Bedeutung. Der preußische Staatskommissar für Volksernährung weist in einem vorläufigen Runderlasse schon jetzt die nachgeordneten Kommunalverbände darauf hin, daß die entgegenkommenden Bestimmungen des Vorjahres im wesentlichen unverändert in Kraft bleiben werden. Insbesondere werden vorgeschrieben werden, daß Stadtkinder, welche der Selbstversorgung Aufnahme finden, als zu deren Haushalt gehörig anzusehen und nach den für Selbstversorger geltenden Grundsätzen, namentlich auch hinsichtlich der zugelassenen Verbrauchsmenge zu behandeln sind. Ferner sind bei der Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten den Landwirten, soweit sie sich zur Aufnahme von Stadtkindern verpflichten, entsprechende Mengen von Getreide und Hülsenfrüchten mit der ausdrücklichen Auflage zu belassen, daß diese Mengen demnächst für die Ernährung der Stadtkinder heranzuziehen sind. Voraussetzung ist, daß die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Stadtkindern in bindender Form gegenüber der vom Kommunalverband zu bezeichnenden Stelle abgegeben worden ist.

Man hofft, daß diese Regelung der Ernährung der Landaufenthaltskinder die bereits überall im Reiche im Gange befindliche Werbetätigkeit für Landpflegestellen, günstig beeinflussen wird.

Zur Verhütung einer Obstmißernte ist die gründliche Bekämpfung der Goldafterraupe dringend geboten. Die Räupchen leben jetzt an den Spitzen der Zweige in einem festen Gespinst, so daß weder Wind noch Wetter ihnen etwas anhaben können. Mit dem Beginn der Blattentwicklung beginnt die Verheerung, indem die Raupen das ganze Laub abfressen. Die Folge hiervon ist, daß nicht allein die Früchte verloren gehen, sondern der Baum auch seines Hauptverwährungswerkzeuges beraubt wird und daher Not leidet. Die jetzt recht gut zu erkennenden Raupennester sind mit den Zweigspitzen abzuschneiden und zu verbrennen. Auch die Weißdornhecken beherbergen diesen Schädling, und sind daher auch einer genauen Kontrolle zu unterwerfen.

Merseburg. Molkereis und Landbutter wird am Sonnabend, dem 2. Februar 1918, gegen Abgabe der für die laufende Woche gültigen Kreisfettmarken in den bekannten Verkaufsstellen ausgegeben, und zwar auf jede Kreisfettmarke und auf jede Zusatzfettmarke mit dem roten Aufdruck K. S. und + 50 Gramm Butter zum Preise von 31 Pf. Im übrigen bleibt es bei dem bekannten Verfahren. Die Marken müssen zur Regelung des Verkehrs bis spätestens Donnerstag abend an die Verkaufsstellen abgeliefert werden.

— Der Ziegenzucht-Verband für den Kreis Merseburg hielt hier seine Vertreterversammlung ab. Er umfaßt 14 Vereine mit 1649 Mitgliedern und 3370 Tieren. Mit Unterstützung des Kreises sind 55 Zuchttiere aus Hessen eingeführt worden. Beschlossen wurde die Einrichtung einer Vermittlungsstelle für den Ankauf und Austausch guter Zuchtböcke sowie ein Lämmermarkt mit Ziegenschau am 16. Juni in Merseburg.

Schkeuditz. Die Auszahlung der Familienunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats Februar erfolgt am Freitag, dem 1. Februar 1918, vormittags, und zwar: von 8 bis 9 Uhr an Nr. 1 bis 250, von 9 bis 10 Uhr an Nr. 251 bis 500, von 10 bis 11 Uhr an Nr. 501 bis 750, von 11 bis 12 Uhr an Nr. 751 bis 1000.

Eisleben. Die Ausgabe der Milchkarten für Februar erfolgt in der Markenausgabestelle des Wirtschaftsamts — Markt 22 — in folgender Reihenfolge: am Mittwoch, dem 30. d. M., am Stand 1 Brotkartenbezirk Esther und Zwarg, am Stand 2 Brotkartenbezirk Elbe und Meinert, am Stand 3 Brotkartenbezirk Kaiser, am Stand 4 Brotkartenbezirk Cosa, am Donnerstag, dem 31. d. M., am Stand 1 Brotkartenbezirk Fritsche, am Stand 2 Brotkartenbezirk Radecke, am Stand 3 Brotkartenbezirk Schmidt, am Stand 4 Brotkartenbezirk Schalk. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Hettstedt. Der Diebstahl auf den Messingwerken erweist sich als viel umfangreicher, als das die ersten Entdeckungen vermuten ließen. Der Wert der gestohlenen Metalle, die durch die Haussuchungen herbeigeschafft werden konnten, soll sich allein auf ungefähr 25 000 Mk. belaufen. Wie nachgewiesen ist, haben die Spitzbuben aber schon vorher ein gutes Geschäft gemacht. Die Untersuchung wird das nähere ergeben. Einer der Diebe, wahrscheinlich der Hauptäter, Maschinenwärter Binkale, wurde am Freitag verhaftet. Er ist teilweise geständig und durch das Ergebnis der Haussuchung in Möllendorf, wo er jetzt wohnt, überführt. Zur Ueberführung des Diebesgutes wurde ein Geschirr benötigt.

Sangerhausen. Die Milchkarte für die Monate Februar und März werden am Donnerstag, den 31. Januar, im Sitzungssaale des Rathauses vormittags von 8—1 Uhr und nachmittags von 3—5 Uhr ausgegeben. Die Milchbezugskarten sind mitzubringen.

Bitterfeld. Die Auszahlung der städtischen Unterstützung an die Kriegerfrauen erfolgt Mittwoch, den 30. Januar d. J., vorm. von 8 bis 12 Uhr, in der Stadthauptkasse, Rathaus, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 5.

Wittenberge. Treibeis auf der Elbe. Die in Bewegung geratenen Eismassen haben die Fahrzeuge im Hafen bunt durcheinander geworfen. Eine Schute der Elbstrombauverwaltung, mit rund 300 Zentnern Braunkohle beladen, wurde eingedrückt und ging auf Grund, ein Dampfer wurde aufs Land geworfen.

Liebenwerda. Das Elektrizitätswerk ohne Kohle. Das Liebenwerdaer Kreisblatt schreibt: Eine nette Ueberraschung wurde der Einwohnerschaft, besonders den gewerblichen Betrieben der Stadt, heute (Sonnabend) vormittag bereitet. Das Elektrizitätswerk mußte die Stromlieferung einstellen, weil es trotz aller Bemühungen von der zuständigen Stelle immer noch keine Kohlen bekommen hatte. Wie sieht also, wie tatsächlich unsere Nachbarinnen Kirchhain, vor der seltsamen Tatsache, daß wir als unmittelbare Nachbarn der Braunkohlengruben keine genügende Menge Kohlen erhalten. Die vielgerühmte deutsche Organisationsarbeit hat es glücklich fertiggebracht, die Kohlen sogar aus ihrem Ursprungsgebiet wegzuorganisieren. Und dabei weiß jeder, daß auf unseren Gruben genug Kohle lagert. — Keine Kohle und auch kein Wasser, das das Wasserwerk sofort abgeleitet wurde, um den Vorrat für Feuerlöschzwecke zunächst zurückzuhalten."

Allerlei.

Wahnsinnige Holzpreissteigerungen. Bei der in Plattling (Bayern) abgehaltenen Holzversteigerung von 15 000 Festmetern Buchenstammholz wurden in Anwesenheit vieler norddeutscher Firmen außerordentlich hohe, bisher nie gekannte Preise erzielt. Das Festmeter Buchenholz, das früher 15 Mark kostete, kam auf 120 bis 150 Mark, Ahornholz auf 200 Mark.

Polizeibeamte als Sittlichkeitsverbrecher. Das Schwurgericht Elbing hat am 13. November v. J. den Polizeisergeanten Janzen neben seinem Amtsgenossen Martin, die der Notzucht angeklagt waren, auf Grund des Geschworenenspruches wegen gewaltsamer Vornahme unzüchtiger Handlungen an einer sittlich unbescholtenen Schneiderin unter Ausschluß mildernder Umstände zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Auf die höchste zulässige Strafe wurde nur deshalb nicht erkannt, weil die Angeklagten Kriegsteilnehmer waren. Die nur von Janzen eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Ein Lehrer-Ehepaar als Einbrecher. In dem schlesischen Städtchen Jorgau ist das Lehrer-Ehepaar Leopold wegen zahlreicher Einbrüche verhaftet worden. Die beiden waren seit langer Zeit gewerbsmäßig auf Einbruch und Raub ausgegangen. In großem Umfange betätigte sich der Lehrer als Kaninchendieb. Seine Schüler ließ er in der Zeichenstunde die elterlichen Kaninchenställe aufzeichnen; aus den Zeichnungen unterrichtete er sich über die Möglichkeit eines Einbruchs und darüber, ob sich der Einbruch lohnen werde. Allmählich hatte sich der Verdacht gegen das diebische Ehepaar so verdichtet, daß zu einer Haussuchung geschritten wurde. Dabei wurde eine große Menge gestohlenen Gutes gefunden.

Städtische Hotels in Budapest. Während des Krieges hat der Fremdenverkehr in Budapest aus der Provinz und dem Ausland riesigen Umfang angenommen. Erschwert wurde die Unterbringung und Verpflegung der Fremden durch die Ansätze einer ganzen Anzahl von Hotelbetrieben. Um dem Hotelmangel wenigstens einigermaßen abzuhelfen, will nun die Hauptstadt Budapest selbst eine Reihe von neuzeitlichen Hotelbauten aufführen.

Internierungsschwindler in der Schweiz. Die Schweizerische Depeschen-Agentur teilt mit: Von gewissen verdächtigen Persönlichkeiten, die sich angeblich um die Ermöglichung der Internierung Kriegsgefangener in der Schweiz bemühen, werden den gefangenen Familien solcher Kriegsgefangener beträchtliche Summen erpreßt. Der Bundesrat faßte im Oktober des letzten Jahres einen Beschluß gegen diese Individuen, wonach alle Personen, die in gewinnsüchtiger Absicht die Internierung oder Heimschaffung von Kriegs- und Zivilgefangenen vermitteln oder zu vermitteln suchen, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder einer Geldbuße bis zu 10 000 Franken bestraft werden. Diese Agenten haben keinen Einfluß bei den schweizerischen Behörden. Ihnen Geld geben, heißt dieses verlieren. Der Internierungsdienst ersucht um Bekanntgabe der Namen solcher Schwindler, die das Internierungswerk in seiner Ehre schädigen und dem guten Ruf der Schweiz zum Nachteil gereichen.

Der heilige Antonius reist ein wenig. Aus Italien wird berichtet: Zum Schutze vor den Fliegergefahren sind die Reliquien des „heiligen Antonius" aus Padua nach Rom überführt worden.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei: Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz: Karl Beck; Anzeigen: Wilhelm Berger; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Amtliche Wetteranjage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 30. Januar: Heiter, zeitweise neblig, trocken, tagsüber mild.

Der Sonnenwirt.

73]

Roman von Hermann Kurz.

Der Amtmann, der ihn eine Weile aufmerksam betrachtet hatte, hielt ihm in Kürze die Hauptpunkte der Anklage vor und fragte: „Was hat Er hierauf zu erwidern?"

Der Gefangene verharrte in seinem störrischen Schweigen.

„Muß ich Ihn durch Prügel zum Geständnis bringen?" fuhr der Amtmann auf.

Ein Zucken lief über den Körper des Gefangenen, so daß seine Kette klirrte, aber er tat den Mund nicht auf.

„Dich sollt' man im Mörser zerstoßen!" rief Friedrichs unbermeidlicher Vormund, der neben einem kleinen Spezereigeschäft allerlei mehr oder minder einträgliche Aemtchen bei der Gemeinde und darunter auch das eines Gerichtsbeisitzers versah.

Friedrich blickte ihn verächtlich an.

„Laß' Er mich nur machen," sagte der Amtmann verweisend zu der eifrigen Urkundsperson. Dann hielt er eine eindringliche Rede an den Gefangenen. Er fragte ihn, wie er es vor seinem Vater, vor seiner Mutter, die sich im Grab umkehren müsse, vor seiner ehrbaren Verwandtschaft, ja vor ihm selbst, dem Nachfolger seines Paten, verantworten könne, so viel Unruhe über die Gemeinde zu bringen und noch obendrein dem Gerichte durch seine Halsstarrigkeit zu schaffen zu machen. „Und was soll ich Seiner hochfürstlichen Durchlaucht antworten," fuhr er fort, „wenn Hochselbige sich herabläßt, sich nach dem hiesigen Menschen zu erkundigen, der vor den höchsten Augen eine unleugbare Bravour bewiesen hat? Wenn die Antwort lautet, er habe Verbrechen auf Verbrechen gehäuft, endlich sogar seinem Richter die schuldige Ehrerbietung verweigert und durch bösartigen Trotz sich selbst noch tiefer in Schaden gestürzt, muß dann nicht der Herr, der sonsten das Verdienst zu belohnen geneigt ist, sich beeilen, einen solchen Namen wieder aus dem fürstlichen Gedächtnis auszulöschen?"

„Ich hab' kein' Lohn begehrt," erwiderte der Gefangene trotzig. Es waren die ersten Worte, die er sprach.

„Nun, so verarösere Er wenigstens Seine Strafe nicht," lautete der Amtmann, der das Eis gebrochen sah und rasch auf der gewonnenen Bahn fortfuhr. „Er hat es in der Hand, vielleicht schwerere Besichte von sich abzuwälzen. Mir geschieht es sauer genug, ein hiesiges Bürgerskind criminaliter prozessieren zu müssen. Aber so viel wird Er selbst einsehen: wenn die ganze Bürgerschaft klagt, so kann ich doch die Sache nicht vor Ohren gehen lassen."

Friedrich lächelte bitter. „Es mögen wohl viele hier sein," sagte er, „die mich gern am Galgen sehen möchten, aber alle nicht. Wenn's aber doch mit mir aus soll sein, und ich soll kein ehrlicher Mann werden können — vor dem Flecken draußen liegt ja das Hochgericht, also machen Sie vorwärts, Herr Amtmann! Je kürzer der Prozeß, desto besser für mich."

Der Amtmann lachte. „So kurzen Prozeß kann ich nicht machen," sagte er. „Stoß und Galgen haben wir wohl noch, aber der Stab ist etwas abgekürzt. Der Oberstab ist in Göppingen, wo Er Sein Urteil empfangen wird. Deshalb will ich Ihn in Güte darauf hinweisen haben, daß Er sich nicht das Protokoll durch weitere Hartnäckigkeit selbst verdirbt. Denn das Sprichwort sagt bekanntlich: wie man berichtet, so richtet man. Uebrigens seh' ich nicht ein, wie Er behaupten kann, man wolle Ihn nicht ehrlich werden lassen. Wer verwehrt Ihm denn das? Im Gegenteil, es handelt sich ja darum, Ihn auf den rechten Weg zurückzubringen."

„Ich hab' meinem Schatz versprochen, daß ich sie und ihr Kind zu Ehren bringen will," murrte Friedrich mit einigem Unmut, daß er nicht verstanden worden war. „So lang' ich mein Wort nicht halt', bin ich auch kein ehrlicher Mann, und man leid't's ja nicht, daß ich's halten soll."

„Ja so, das ist's," versetzte der Amtmann. „Das scheint die Ursache gewesen zu sein, nicht wahr, daß Er die verschiedenen Redensarten ausgestoßen hat, die ich Ihm jetzt vorhalten muß?"

Mit dem befriedigenden Bewußtsein, durch seine Bonhomnie dem trotzigen Delinquenten das Band der Zunge gelöst zu haben, zählte nun der Amtmann die Sünden dieser Zunge auf, welche seine Anklager zu Protokoll gegeben hatten. Friedrich gab einige als möglich, andere als wirklich zu, wieder andere sog er in Abrede. „Das sind mir Klagen!" sagte er. „Dergleichen Redensarten kann man von jedem Kind in Ebersbach hören. Aber man sollt' meinen, der ganz' Flecken red' französisch, und ich allein schwäb' deutsch."

Der Amtmann protokollierte, während seine Beisitzer gähnten und der Gefangene gelangweilt das Bild der Justitia betrachtete. Nachdem der Amtmann kunstgerecht das Gebäude der Aussagen zusammengetragen hatte, aus welchen die Bosheit der Gesinnung hervorleuchtete, nahm er eine neue Prise und ging sodann zu dem Messerstich über, in welchem der tätliche Ausbruch dieser Gesinnung erblickt werden konnte.

„Es tut mir leid," sagte Friedrich, „daß der Peter so verbost auf mich ist. Ich hab' ihm zum Verzeihung gebeten, wiewohl vergeblich, und wird's gern noch einmal tun, wenn ein gut's Wort mehr gute Statt bei ihm fänd'. Ich seh' wohl ein, daß es nicht recht gewesen ist, aber ich hab's, weiß Gott, nicht so bös gemeint, ich hab's eben in der Hitz aus Unvorsichtigkeit und Uebereilung getan, und wie ich gehört hab', daß ihm's nichts geschad't hat, so ist mir's gewesen, als wär' ich aus Ketten und Banden erlöst. Er sollt' aber jetzt auch keinen solchen Kessel überhangen. Was! das bißle Aderlaß ist ihm gesund gewesen, er ist ja ein Kerl wie ein Tche."

„Nun ja, Er darf freilich Gott danken, daß die Sache so gut abgelaufen ist," sagte der Amtmann etwas zutraulich, „mit Blutverletzen ist nicht zu spaßen, da geht's gleich um den Kopf. Aber," fragte er hinzu, „wenn Er in der Rage angestoßen hat, so hat Er doch nicht so gewiß wissen können, ob der Stoß nicht tiefer oder bis ans Leben gehen werde."

„Ich bin freilich in der Rage gewesen," antwortete Friedrich, „aber ich hab' ihm doch nicht viel tun können, denn er hat mich an Arm gepackt gehabt, und alle hab' ich eigentlich gar nirgends anders hinstoßen können, als nach seinem Arm."

„Glaubt Er," forschte der Amtmann, „Er habe das so sicher berechnen können? Es ist doch nicht wohl anzunehmen, daß man im Zorn zugleich kalt und besonnen zielt. Man stößt eben, zu, und dann kann der Stoß ebensowohl am Arm vorbei und in den Körper gehen."

„Ja, gezielt hab' ich freilich nicht," erwiderte Friedrich, „und hab' mir auch nicht fürgenommen, wie tief es gehen soll. Ich hab' ja schier nicht gewußt, daß ich nur gestochen hab'. Wenn ich kein Messer in der Hand gehabt hätt', so hätt' ich ihm eben die Faust zu Gemüt geführt."

„Da hätte Er ja aber auch das Messer vorher weglegen können," sagte der Amtmann.

„Ja was! wenn man im Zorn ist, so denkt man an nichts und stößt eben zu. Wenn man je was denkt, so denkt man höchstens im Unsinn: Kerl, bin mußt sein!"

„Hin?" fragte der Amtmann, die Gerichtsbeisitzer anblickend und rasch der neuen Fährte folgend.

„Das ist einem aber nicht Ernst," verbesserte der Gefangene, dem es nachgerade schien, er sei im Begriffe, zu viel zu sagen. „Man ist nachher heilig froh, wenn's nichts getan hat."

Der Amtmann protokollierte fleißig drauf los, während dem Gefangenen eine dunkle Ahnung verraten mochte, seine Vorsicht komme zu spät, und er habe wohl schon viel zu viel gesagt. Auch leichte seine Vernehmlassung vollkommen hin, um die Anklage wegen eines Attentats zu begründen, bei welchem er eine Tötung, wo nicht beabsichtigt, so doch auch nicht gestissentlich vermieden, jedenfalls aber eine mehr oder minder lebensgefährliche Verwundung vorausgesehen habe.

Zufrieden mit dem bisherigen Erfolge der Untersuchung, legte der Amtmann die Feder nieder und nahm das Verhör wieder auf. „Jetzt kommen wir an den Fruchthandel," sagte er. „Er wird nicht in Abrede zu ziehen gemeint sein, daß es ein etwas einseitiger Handel ist, wenn man Frucht einsackt, ohne Bezahlung dafür zu leisten. Pro primo aber, um die Ausfragen unter sich in Einklang zu bringen, muß ich fragen: wieviel ist's denn eigentlich gewesen?"

„Herr Amtmann," antwortete Friedrich, „ich hab' meinem Vater gleich in ersten Augenblick erklärt, daß er durch den Handel um keinen Kreuzer kommen solle, und wenn's jetzt an dem ist, daß er aus meinem Mütterlichen schadlos gehalten werden soll, so will ich kein Körnle verschweigen. Natürlich hab' ich's in der Nacht und in der Eil' nicht so akkurat abzählen können, auch ist in einem Sack mehr gewesen und im anderen weniger, aber ich tu' meinem Vater gewiß nicht unrecht, wenn ich's im ganzen auf ein Scheffel sechs oder sieben schätz', Dinkel und Haber, ungefähr zu gleichen Teilen — ganz genau kann ich das natürlich nicht mehr sagen."

„Sechs bis sieben Scheffel Dinkel und Haber," sagte der Amtmann, den Kopf auf die Hand stützend. „Ja, ja, das müssen wir so praeter propter berechnen. Wo sind die pretia rerum?" fragte er, in den auf dem Tische liegenden Akten kramend. „Ja so, meine Frau wird die Zeitung haben. Herr Senator, geh' Er geschwind zu meiner Frau hinüber; ich lasse sie auf einen Augenblick um die Wöchentlichen Anzeigen bitten."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7/8 Uhr.
Gastspiel der Operetten-Gesellschaft
Kurt Olfers mit **Gustav Bertram** als Gast.
Letzte 3 Aufführungen:
Der Favorit.
(Der Frauengünstling.)
Operette von Fritz Grünbaum und Wilhelm Sterk.
3728 Musik von Robert Stolz.
Hauptgesänge:
1. Das ist der Tip, der uns vom Glück geboten.
2. Nur bis zum Hauptor nehm' ich Dich mit.
3. Kleine Füss' sind für Männeraugen stets ein Paradies.
4. Du sollst der Kaiser meiner Seele sein.
5. Bis Nacht um sehn, da kann nix g'scheh'n.
6. Lincheu, Lincheu, sei lieb zu mir.
Kasse v. 10—1½ u. 4—6.

Volkspark Burgstr. 27.
Morgen, Mittwoch, 30. Januar, nachmittags:
Verwundeten - Frei - Konzert.
3722 Die Geschäftsleitung.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse und Jägergasse.
Täglich: 3410
Künstler-Konzert.
Ergebenst ladet ein Frau Elsa Seth.

3462 Achtung! Neu! Neu!
Altenburger Hof.
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: **Gr. Konzert der Hauskapelle.**
Um regen Zuspruch bittet Frau F. Kampe.

Alte Promenade IIa. 3724
Fernruf 5738. Fernruf 5738.
Mittwoch u. Donnerstag, nachm. von 3—5 Uhr:
je einmalige Vorführung des Riesenfilmwerkes
Wilhelm Tell. Fünf Akte.
Beginn pünktlich 3 Uhr.
Jugendliche haben Zutritt.
Die Theaterkasse ist zum Vorverkauf täglich von 10—12 Uhr vormittags geöffnet.

Johannes Thurm.
3718 Glauchaerstraße 9.
Mittwoch vormittag: Nr. 2601—3100.

100 Morgen gepflügtes und gedüngtes
Kartoffelland
gibt in kleinen Parzellen ab
O. Schreiber, Schmiedstraße 20. 3716

Schulranzen, Rucksäcke, noch in guten Stoffen,
Markttaschen, noch in gutem Wachstuch mit Ledergriffen.
Max Löschke, Alter Markt 3. 3898

Belagerungszustand, Zensur und Schutzhaft vor dem Reichstage.
Drei Reichstagsreden von **Wilhelm Dittmann.**
Preis 25 Pfg.
Nach auswärts 5 Pfg. Porto.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Füsslinge und **Fussschlüpfer**
3716] im Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstraße 87.

Erstklassige Schreibmaschinen
stehen jederzeit *1951
Lernenden zur Verfügung.
Friedrichstr. 52. I rechts.

Möbel, Betten, Pfandscheine
3434 kauft zu höchsten Preisen
Frau Hornickel, Kleine Klausstraße 6.

3 zusammengebundene **Schlüssel**
Sonntag abend auf dem Marktplatze verloren.
Gegen gute Belohnung abzugeben bei *1964
Baumann & Hedderoth, Gr. Steinstr.

Hund
gesucht, am liebsten Dobermann oder Schäferhund. *1963
H. Brömme, Saalestr. 1.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Mittwoch, den 30. Januar 1918:
Unter persönlicher Leitung von Generalmusikdir. Dr. R. Strauß.
Iphigenie auf Tauris.
Oper von Chr. v. Gluck.
Neu übersetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet v. Rich. Strauß.
Donnerstag, d. 31. Januar 1918:
3717 **Undine.**

Schnell-Schönschreiben
von jedermann i. wenigen Stunden **ohne Lehrer zu erlernen.**
Preis 80 Pfg.
Volksbuchhandlung Halle

Arbeitsmarkt

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 3436
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Raffineriest. 43.

Zum 1. Februar suche ein
junges Mädchen
für Küche und Haus, das mit Maschine nähen kann. *1961
Frau Dannebergs, Halle a. S. Geiststraße 69.

Wir suchen z. 1. 4. 18 ein. verheirat.
Gutsschmied.
Städt. Landgut Gimritz, Halle a. S. *1962

Geschirrführer *1965
gesucht. Rudolf Banse, Abfuhr-Institut, Reilstr. 103.

1 Dreher u. Schlosser-Lehrling
stellt noch ein *1966
Taeschner, Turmstr. 60.

Wohnungs-Anzeigen

Kl. Wohnung, Stube, Kammer und Küche, zu vermieten. F. Kl. Gosenstraße 4, II.

Apollo-Theater
Gastspiel Max Walden-Gesellschaft.
Heute, zum vorletzten Male:
Die Kinokönigin
Donnerstag, d. 31. Jan., z. 1. Male:
3720 **Der fidele Bauer**
Operette i. 5 Akt. v. Leo Fall.
Vorverkauf eine Woche vorher täglich 9—1 u. 5—½7.

Vereins-Anzeiger
zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender
Veranstaltungen
der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.
Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).
Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, den 25. Januar pünktlich abds. 7/8 Uhr, i. Volkspark: **Singestunde.**

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Mandolinen-Abteilung: Jeden Sonnabend abend beim Turngen. Kraft: Uebungsstunden.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Sonntag den 3. Febr.: Spaziergang nach der Heide. Abmarsch: 2 Uhr vom Markt.

Piano kauft 3509 A. May, Torstraße 49.

Familien-Nachrichten.

Metallarbeiter-Verband

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Dreher
Hermann Sperber
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerstag, 31. Januar, nachm. 3 Uhr vom Süd-Friedhof aus statt. 3719
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von kondensierter und sterilisierter Milch, sowie von Milchpulver.

Am Mittwoch, den 30. Januar 1918, wird in der Talamtschule der Verkauf von kondensierter und sterilisierter Milch sowie von Milchpulver fortgesetzt, und zwar: vormittags von 8½ bis 12 Uhr für die Haushalte mit dem Lebensmittelschein Nr. 63 001 bis 67 000, nachmittags von 2 bis 6 Uhr für die Haushalte mit dem Lebensmittelschein Nr. 67 001—70 000. Abgegeben werden: Für Einzelpersonen und Haushalte mit 1—2 Angehörigen eine Büchse kondensierte Milch zum Preise von 1,30 Mk. oder eine Flasche sterilisierte Milch zum Preise von 2,40 Mk. Größere Haushalte können für die ersten zwei Personen die gleiche Menge beziehen, für jede weitere Person wird ein Paket Milchpulver zum Preise von 0,40 Mk. abgegeben. Falls das Milchpulver nicht für die sämtlichen Haushaltungen ausreichen sollte, so wird an Stelle desselben für je 3 Personen noch eine Büchse kondensierte Milch abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittelscheins. Abgezähltes Geld ist unbedingt bereitzuhalten.

Halle, den 29. Januar 1918. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Zichorie
in der Talamtschule am Mittwoch den 30. Januar 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 63 001—67 000 vormittags von 8½—12 Uhr und die Nummern 67 001—70 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Jede Person eines Haushaltes kann ein Paket, zum Preise von 1,40 M. für das Paket, erhalten.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 29. Januar 1918. Der Magistrat.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 30. Januar werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen: Um 8 Uhr Nummer 9401—9450, um 9 Uhr Nummer 9451—9500, um 10 Uhr Nummer 1—50, um 11 Uhr Nummer 51—100.

Halle, den 28. Januar 1918. Der Magistrat.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juli 1916 und der Verfügung der Reichszuckerstelle vom 28. Juli 1916 wird in Ergänzung der Bekanntmachungen vom 7. September und 10. Oktober 1916 für den Stadtbezirk folgendes angeordnet:

Jeder Haushalt kann im Monat Januar ein Briefchen Süßstoff (sogenannte H-Packung) zum Preise von 25 Pf. nach Maßgabe der aufgedruckten Bestimmungen in den Drogenhandlungen oder in den Apotheken **käuflich erwerben.** Diejenigen Haushalte, welche bei der Verteilung im Dezember v. J. keinen Süßstoff erhalten haben, können noch ein zweites Paket beziehen. — Bei dem Verkauf hat der Verkäufer in der Rubrik „Süßstoff" Spalte 4 des vom Käufer vorzulegenden Lebensmittelscheines den Kauf für Dezember und in Spalte 5 den Kauf für Januar durch Eintragung des Datums mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift anzumerken. Auf einen Lebensmittelschein darf nur ein Briefchen abgehoben werden. Haushaltungen, welche bei dieser Verteilung keinen Saccharin erhalten, werden bei der nächsten Verteilung berücksichtigt. — Wegen der Abgabe der Süßstoffmenge (G-Packung) an Wirtschafts- und Speisebetriebe jeder Art, Gasthäuser, Kaffeehäuser, Konditorien, Pensionen, Kantinen und ähnliche Betriebe wird auf § 3 unserer Bekanntmachung vom 10. Oktober 1916 verwiesen. — Zuwiderhandlungen ziehen die gesetzlichen Strafen nach sich.

Halle, den 29. Januar 1918. Der Magistrat.

Die Nachprüfungen der Kartoffelvorräte in den Haushaltungen, welche auf Anordnung des preußischen Staatskommissars für Volksernährung gemeindeweise durchzuführen sind, werden in Halle in dieser Woche beginnen. Die mit der Besichtigung und Prüfung betrauten Personen sind mit dem Magistrat der Stadt Halle ausgestellten Ausweisen versehen. Die Haushalte, welche Kartoffeln eingelagert haben, sind nach § 1 der Bekanntmachung über Auskunftspflicht vom 12. Juli 1917 (R. G. B. S. 604) verpflichtet, die zur Feststellung der Vorräte erforderlichen Auskünfte zu erteilen, und die Besichtigung der Vorräte zu gestatten. Wer die Auskunft nicht erteilt, unrichtige oder unvollständige Angaben macht, die Besichtigung der Räume verweigert, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. oder einer dieser Strafen geahndet. Die Vorräte, welche verschwiegen worden sind, können für verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht. Widerstand gegen die zur Vornahme der Feststellung berechtigten Personen ist nach § 113 des Strafgesetzbuches strafbar. Nach Anordnung des preußischen Staatskommissars sind außerdem Haushalten, welche die Kartoffeln nicht ordnungsgemäß aufbewahrt oder davon über den Tagesatz hinaus verzehrt haben, die Kartoffeln abzunehmen und diese Fälle in der Presse zu veröffentlichen.

Halle, den 29. Januar 1918. Der Magistrat.

Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin hat für die Zeit vom 1. bis 5. Februar d. J. wiederum eine Einreichung von Meldekarten für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts gemäß der Bekanntmachung vom 17. Juni 1917 und 20. Dezember 1917 angeordnet:

Die Ausgabe der Meldekarten für diejenigen Verbraucher, die im Stadtkreis Halle ansässig sind, erfolgt in der Ortskohlenstelle, Marktplatz 22, vormittags von 9 bis 1 Uhr. Angesichts der dauernd gestiegenen Herstellungskosten der Meldekarten ist der Preis auf 25 Pf. für das Heft und 5 Pf. für die Einzelkarte festgesetzt worden. Die Meldungen müssen pünktlich bis zum 5. Februar bei den vorgeschriebenen Stellen eingehen. Die Benutzung von Meldekarten aus den Vormonaten ist unzulässig.

Halle, den 28. Januar 1918. Die Ortskohlenstelle.

Vermietung eines Ladens.

Der jetzt von Herrn Kannegießer benutzte Eckladen im Roten Turm soll vom 1. April ab neu vermietet werden.

Schriftliche Mietangebote bitten wir bis Freitag, d. 1. Febr. 1918, an das städtische Bureau für Grundeigentum, Markt 22, einzureichen. Die Vermietungs-Bedingungen können dort eingesehen werden. *1932

Halle, den 18. Januar 1918. Der Magistrat.

An den Folgen des Krieges starb nach langem Leiden unser heißgeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Franz Buchmann,

im 28. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz:
Familie **Adolf Buchmann**
und Angehörige.

Halle (Saale), Ladenbergstraße 60, III.

Die Beerdigung findet Donnerstag, 31. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Süd-Friedhofes aus statt. 3721

Wegen Trauerfeier bleibt das **Geschäftshaus** **H. ELKAN,** Leipzigerstrasse 87, Donnerstag bis 2 Uhr **geschlossen.**
3726

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0004

Erfolge des Frauenstimmrechts.

Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Ein kurz gedrängter Ueberblick über die während des Krieges erfolgten Fortschritte der Frauen in der Politik dürfte für viele eine Ueberraschung bringen: Am 10. Januar hat das Repräsentantenhaus in Washington die Gesetzesvorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts mit 272 gegen 136 Stimmen angenommen. Damit haben mit einem Schlage die Frauen aller amerikanischen Staaten ihre politische Freiheit erhalten. In 19 von den 48 Vereinigten Staaten haben die Frauen das Stimmrecht schon seit mehreren Jahren. In fünf verschiedenen Einzelstaaten sitzen bereits 11 weibliche Abgeordnete in den betreffenden Parlamenten. Im Weißen Haus in Washington hat die einzige weibliche Abgeordnete, Miß Jeanette Rankin, die Vertreterin für Montana, bei der Abstimmung über den Krieg gegen den Krieg gestimmt.

In England hat der Krieg den Wahlrechtlerinnen, wozu ja auch die Suffragetten gehören, den großen Erfolg gebracht. Am 20. Juni 1917 fand die denkwürdige Sitzung statt, in der das Frauenstimmrecht mit 385 gegen 55 Stimmen im Unterhaus angenommen wurde. Die Altersgrenze wurde auf 30 Jahre festgesetzt. Am 11. Januar 1918 ging das Gesetz im Oberhaus in letzter Lesung mit 134 gegen 60 Stimmen durch. Sechs Millionen Frauen erlangten dadurch das Wahlrecht.

In Rußland, wo die Frauen seit der Revolution genau wie die Männer vom 20. Lebensjahre an im Besitze des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, befleidete bei der jetzigen vorhergegangenen revolutionären Regierung bereits eine Frau, die Gräfin Schkowskaja, den Posten des Versorgungsministers. Eine Gräfin Panin wurde damals zum Unterstaatssekretär ernannt. In der neuen Verfassunggebenden Versammlung der Maximalisten sitzt zwischen Trotzki und Lenin eine Frau, Frau Kollontai, als Mitvertreter für Petersburg. Eine Frau Biercenko sehen wir unter den russischen Delegierten bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

In der Wahlrechtskommission der französischen Kammer ist Mitte Februar 1917 ein Antrag angenommen worden (gegen zwei Stimmen), den Frauen das Wahlrecht bei den kommunalen Wahlen zu geben.

In Oesterreich befürwortet der Bürgermeister von Wien, Dr. Weißkirchner, das Gemeindewahlrecht für die Frauen. In Ungarn hat im Dezember 1917 der Justizminister Vassony im Abgeordnetenhaus eine Wahlrechtsvorlage eingebracht, der ich folgenden Passus entnehme: „Wahlberechtigt sind ferner alle Frauen, die das 24. Lebensjahr vollendet haben, die ungarische Staatsbürgerschaft besitzen, lesen und schreiben können usw."

In Holland, in Schweden, in Dänemark und in der Schweiz, in Polen und in den Balkanländern, überall hören wir von neuen großen Erfolgen.

Wie sieht es nun bei uns in Deutschland aus? Nach den Frauenstimmrechts-Debatten im Reichstage und in den Parlamenten der verschiedenen Bundesstaaten könnte man meinen, es sei bei uns eine rein sozialdemokratische Forderung. Denn nur die sozialdemokratische Partei tritt bis jetzt rückhaltlos dafür ein. Ihre Redner stellen Anträge und finden warme Worte für ihre Begründung. Es wird ihnen meist — soweit man nicht gleich zur Tagesordnung übergeht — von Vertretern der rechtsstehenden Parteien mit den üblichen gegnerischen Schlagworten geantwortet. Bei den fortschrittlichen und liberalen Parteien finden sich aber doch einzelne weitblickende Politiker, die sich einer verständnisvollen Behandlung der Frage schon lange nicht mehr verschließen und von der Notwendigkeit ihrer baldigen Erledigung in bejahendem Sinne überzeugt sind. Die nichtsozialdemokratischen Frauen, die heute in Deutschland ihre politische Gleichstellung fordern, zählen nach Hunderttausenden. Der Bund deutscher Frauenvereine, der in 4000 Frauenvereine mit etwa 609 000 Mitgliedern einen großen Teil der organisierten deutschen Frauen aller Richtungen, Konfessionen und Arbeitsgebiete umfaßt, fordert in seiner Denkschrift, die er 1917 an Regierung und Parlament gerichtet hat: „die Einbeziehung der Frauen in das aktive und passive Wahlrecht in Gemeinde und Staat". Vom Deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht, vom Deutschen Frauenstimmrechtsbund und von den sozialdemokratischen Frauen wurde eine gemeinsame Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt: „Die Mitarbeit des weiblichen Geschlechts im öffentlichen Leben steigerte sich in rapidem Wachstum von Jahr zu Jahr, bis während des Krieges die Zahl der weiblichen Berufstätigen in Deutschland schließlich die der männlichen überstieg. Diese Arbeitspflicht gegenüber der Gesamtheit fordert auf der andern Seite auch das Recht an dem Aus- und Weiterbau der Gesellschaft mitzuwirken. In den meisten Kulturländern hat man den Frauen bereits öffentliche Rechte eingeräumt. Deutschland steht bis heute den Forderungen der Frauen gegenüber in letzter Reihe. Nicht allein das politische und fast überall das kommunale, selbst das Wahlrecht an den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist ihnen bei uns versagt. Gegen diese Rechtlosigkeit legen die Frauen kraft ihrer Arbeit für die Allgemeinheit und kraft ihrer Würde als vollwertige Menschen Protest ein. Sie fordern politische Gleichberechtigung mit dem Manne: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle gesetzgebenden Körperschaften, volle Gleichberechtigung in den Kommunen und den gesetzlichen Interessenvertretungen." — Trotz allen Eingaben der Frauen stellte sich bisher keine der bürgerlichen Parteien im Reichstage oder den Einzelständtagen auf den Boden der Frauenforderungen. Angesichts dieser fortgesetzten Nichtachtung haben sich zum erstenmal Sozialdemokratinnen mit bürgerlichen Frauenorganisationen zum Kampf um ihre Rechte zusammengeschlossen.

Ph. Wolff-Arndt.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 29. Januar 1918.

Mehr Mieterschutz!

„Noch nie hat ein langer Krieg verödend auf die Volkssittlichkeit eingewirkt." Zu dieser Erkenntnis hat sich jetzt sogar der Leitartikler der rechtsnationalliberalen Leipziger Neuesten Nachrichten durchgerungen. Eines der traurigsten „Wahrzeichen" dieser sittlichen Entartung des Krieges ist wohl der Kriegswucher. Seine Schamlosigkeit wuchs gleichsam mit der Dauer des Krieges, und heute gibt es kaum noch ein Lebensgebiet, dessen er sich nicht bemächtigt hat. Wenn nun alle die ehrenwerten Volksgenossen, die die Gelegenheit und die Möglichkeit haben, ihren Mitmenschen die Taschen zu plündern, Wucher treiben, warum sollte da wohl der ehrbare Stand der Hausbesitzer die „Konjunktur" nicht für sich ausnützen?! Der durch den Krieg hervorgerufene Wohnungsmangel lieferte ihm ja gewissermaßen die Mieter auf Gnade und Ungnade aus. Nach Ansicht dieser gesinnungstüchtigen und „staatserhaltenden" Zeitgenossen ließ sich die „vaterländische Begeisterung" für die „große Zeit" sehr wohl mit einer gehörigen Schröpfung der Mieter vereinbaren. Die gewaltsamen Steigerungen der Mieten setzten denn auch bald ein und machten nicht einmal Halt vor bedrängten Kriegerfrauen. Sie würden einen noch ärgeren Umfang angenommen haben, wenn ihnen nicht durch das durch Kriegsnotwendigkeiten gebotene Eingreifen der Militär- und Zivilbehörden wenigstens einigermaßen ein Riegel vorgeschoben worden wäre. Diese gesetzlichen Beschränkungen ihrer Wuchergelüste sind aber vielen Hausbesitzern höchst unbequem, und sie finden es als höchstes „vaterländisches" Tun, den Kriegerfrauen den Mietzins weiter zu steigern oder ihnen, wenn sie sich weigern, den erhöhten Mietzins zu zahlen, einfach mit der Wohnungskündigung zu drohen.

Daß in der Kündigung eine wucherische Ausbeutung liegen kann, wenn sie zu dem Zwecke vorgenommen wird, einen höheren Mietzins zu erlangen, das ist auch die Auffassung namhafter Juristen. So ist z. B. der Rechtslehrer Professor Dr. Oertmann in Erlangen, der die Frage des Mietwuchers vor kurzem in der juristischen Wochenschrift behandelte, sogar der Ansicht, daß, wenn die Mietpreiserhöhung als Wucher anzusehen ist, der in bezug auf den Preis abgeänderte Mietvertrag auch dann nichtig ist, wenn der durch die Notlage gedrängte Mieter darauf eingegangen ist. Durch die Nichtigkeitserklärung kann der Mieter von der Preisfestsetzung zurücktreten. Nicht aber wird dadurch die Kündigung gegenstandslos. Dem Mieter bleibt aber das Recht, das Gericht zum Schutze seiner Interessen anzurufen. Um nun solche Streitfälle, wie die mancherlei Streitigkeiten in Mietangelegenheiten überhaupt, rascher zu erledigen als das im üblichen Gerichtsverfahren möglich ist, hat der Bundesrat durch Verordnungen den größeren Gemeinden die Errichtung von Mieteinigungsämtern empfohlen. Diesen Mieteinigungsämtern ist die Aufgabe gestellt, Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern zu schlichten, und vor allen Dingen die Mieter vor wucherischer Ausbeutung durch die Hausbesitzer besser zu schützen. Fast alle größeren Städte und Gemeinden haben dem auch solche Schlichtungsstellen geschaffen, und sie haben sich durchaus gut bewährt.

Nur die Stadt Halle macht in dieser Beziehung wieder eine unrühmliche Ausnahme. Obgleich der Magistrat durch Eingaben des Gewerkschaftskartells und anderer Körperschaften wiederholt zur Errichtung eines Mieteinigungsamtes ersucht worden ist, hat er diese vielfachen Wünsche bis jetzt unbeachtet und unerfüllt gelassen. Warum er in der Angelegenheit keine Hand rührt und der Stadt Halle noch immer eine Einrichtung vorenthält, für die zum mindesten doch ein ebenso dringendes Bedürfnis besteht, wie für eine städtische Schuhbesohlanstalt oder andere gemeindliche Kriegsgebilde ähnlicher Art, das ist uns um so unverständlicher, weil niemand anders als der Magistrat selbst den schlagendsten Beweis dafür erbringt, wie notwendig die Schaffung eines Mieteinigungsamtes auch für Halle ist! Oder was ist seine gestrige Warnung an die Hausbesitzer mit den robusten Gewissen anders als das Eingeständnis, daß ein Schlichtungsamt auch in Halle alle Hände voll zu tun haben würde?! Der Magistrat empfiehlt zwar den Kriegerfrauen, die sich nicht von rücksichtslosen Hauspaschas geduldig auswuchern oder gar auf die Straße setzen lassen wollen, die Anrufung des Amtsgerichts. Vielleicht, daß einzelne bedrängte Mieter beim Amtsgerichte Schutz gegen die kaltherzige Habgier wucherisch gesinnter Hausbesitzer suchen werden. In vielen Fällen wird das aber wahrscheinlich unterbleiben, weil mancher die Umständlichkeit und Schwerfälligkeit dieses Verfahren scheut, und das Gericht ja an sich gerade keine sehr volkstümliche und beliebte Stätte ist. Ein Amt dagegen, das sich ausschließlich auf die Behandlung und Erledigung von Mietstreitigkeiten beschränkt, dürfte sich vor allem schon durch seine raschen Entscheidungen bald Vertrauen und Volkstümlichkeit erwerben, und auf Grund dieser Voraussetzungen wirklich durchgreifend wirken. Die Mißstände im Wohnungswesen nehmen immer mehr überhand. Das hat der Magistrat selbst anerkennen müssen. Mit bloßen Drohungen ist gewinnsüchtigen und gewissenlosen Hausbesitzern nicht beizukommen. Also gehe der Magistrat nun endlich ans Werk und gewähre den schutzbedürftigen Kriegerfrauen mit der Schaffung eines Mieteinigungsamtes Hilfe durch die Tat!

Preußischer Städtetag und Wohnungsnot.

Der Vorstand des Preußischen Städtetages hat mit umfangreicher Begründung eine Eingabe über die Wohnungsbeschaffung nach dem Kriege an den Minister des Innern gerichtet, deren Wortlaut demnächst im Preußischen Verwaltungsblatt veröffentlicht wird. Die Eingabe behandelt zwei hauptsächliche Gesichtspunkte, nämlich erstens die Bereitstellung von Geld und Land zum Bauen und zweitens die Beschaffung von Arbeitskräften und Baustoffen. Nach der letzteren Richtung wird darauf hingewiesen, daß ohne ein organisatorisches Eingreifen des Reiches genau die gleichen Zustände eintreten würden, wie im Anfang des Krieges bei der Lebensmittelbeschaffung. Nicht nur die Baustoffe, die in der Heimat neu hergestellt werden, kommen für eine Regelung in Betracht, sondern ebenso das reiche Material der Heeresverwaltung. Auch auf Ueberlassung von Baracken der Heeresverwaltung wird großes Gewicht gelegt, obwohl andererseits betont wird, daß eine Unterbringung in Baracken natürlich nur bei ernster Not und nur ganz vorübergehend ins Auge gefaßt werden könne. Was die Bereitstellung von Land und Geld anbetrifft, so weist der Städtetag darauf hin, daß alle Bereitwilligkeit der Städte und auch Industrieller, genossenschaftlicher oder gemeinnütziger Unternehmungen zur Herbeischaffung der nötigen Geldmittel nicht ausreichen, sondern daß hier Reich oder Staat helfen müssen. Diese Hilfe müsse durch Hergabe von Baugeld und Hypotheken zu einem Zinsfuß erfolgen, der erheblich unter dem privatwirtschaftlichen Zinsfuß liegt. Denn ohne dem würden in den Häusern der Uebergangszeit die Mieten übermäßig hoch angesetzt werden; das würde ein Nachfolgen der Mieten in den alten Häusern über das etwa begründete Maß hinaus und ein Steigen der Geländewerte bedeuten, damit aber eine nennenswerte dauernde Verteuerung des Wohnens.

Kriegsbildchen.

Aus Berlin wird der L. V. berichtet:

Eine kleine, sehr feine Straße im Westen, die wie diskret von dem lauten Leben des Hauptverkehrsweges abliegt.

Zwölf Uhr mittags. Erst jetzt ist man hier zur Beweglichkeit voll erwacht. Man macht Besuche, stattet Kondolenz- und Gratulationsvisiten ab und hat tausend andre „notwendige" Gänge.

Aus einem Hause tritt eine sehr elegante Dame. Toilette und Hut auf den raffiniert-einfachen Ton gestimmt. Das ist augenblicklich höchste Feinheit der letzten Kriegsmode.

Auf den steinernen Treppenstufen des Hauses mit dem Messingageländer, das in der Herbstsonne hell und heiter lacht, zieht sie einen weißen Handschuh auf die Hand, während sie den Schirm mit dem goldenen Knauf nonchalant unter den linken Arm schiebt. Dabei verliert sie den zweiten Handschuh. Doch achtlos genug merkt sie es nicht und eilt über den Damm.

Lang ausgestreckt liegt der Handschuh auf dem Trottoir, hart am Rande, nach der Hauserseite zu. Es ist ein glänzend weißer Handschuh. Er strahlt in jungfräulicher Keuschheit und Unberührtheit. Die vier kleinen weißen Knöpfchen leuchten wie Tautropfen auf frisch gefallenen Schnee.

Auf dem Rücken liegt er, unbeholfen, hilflos. Er lacht die Vorübergehenden an, verführerisch, herausfordernd. Aber die Passanten eilen vorbei, voll großstädtischer Geschäftigkeit und Nervosität. Sie achten seiner nicht: zehn, zwanzig, dreißig hasten vorüber.

Es schlägt 1 Uhr. Die Arbeiter kommen von der Mittagspause aus der Destille und gehen wieder auf den Bau.

Einer von ihnen sieht den Handschuh und hebt ihn auf.

„Mensch! 'n feinet Ding!"

„Zu dem jehört 'ne janz Feine!" meint der Zweite.

„Wird wohl och so sind!" sagt der Dritte, damit wirft der Erste ihn wieder fort.

Jetzt fällt er auf den Bauch. Die Fingerspitzen haben sich etwas gekrümmt, und es sieht aus, als wollte ein großer, plumper, weißer Frosch mühsam den Straßenrand erklimmen und die steinerne Treppe hinauf in die Wohnung klettern.

Und wieder eilen Menschen vorbei: zwanzig, dreißig, fünfzig. Aber sie sehen ihn nicht.

Da kommen zwei Dienstmädchen vom Schlächter nebenan. Das eine Mädchen bemerkt den Handschuh und hebt ihn auf.

„Kiek man, Luise, fein, wat? Zu mein neuet weißes Kleed."

„Ach man eener! Wat soll der dich?!"

Bums fällt der Handschuh wieder auf die Erde. Aber diesmal mit solcher Wucht, daß er ganz in sich zusammensinkt, als habe er durch die Gewalt des Sturzes und das heftige Aufschlagen auf dem Pflaster das Kreuz gebrochen. Ein leiser Wind geht und kriecht in den Handschuh und richtet den Daumen auf, so daß er sich scharf von dem großen weißen Fleck abhebt und in die Luft sticht, wie ein Wahrzeichen, als wollte er sagen: Nehmt mich doch auf und laßt mich nicht unter den Füßen zertreten werden, in Schmutz und Schande! Doch keiner sieht es. Dann sinkt der Daumen wieder um. Das Köpfchen wird ihm so schwer, und das Kreuz tut so weh. —

Nach einer halben Stunde tritt aus dem Bankgeschäft zwei Häuser von dem Handschuh eine sehr feine und elegante Dame. Ihre Toilette unnahbar exklusiv. Neben ihr geht ein kleines Töchterchen. Ein entzückender blonder Lockenkopf, auf dem ein großer, weißer Tüllhut mit blauen Bändern gestülpt ist.

Die Mutter entdeckt dieses weiße Etwas auf der Straße, das einem Handschuh nur noch wenig ähnlich sieht. Ihre Blicke hängen an ihm, als sauge sie aus dem weißen Fleck einen Gedanken.

Im Vorbeigehen berührt sie ihn mit der Spitze ihres seidenen Schirms.

Jetzt hat auch das Töchterchen den Handschuh bemerkt. Nach Kinderart will es ihn aufheben.

„Rühr Martha! Laß das! Wer weiß, wem der gehört!"

„Aber, Muttchen, er ist ja noch ganz rein!"

Sie sind schon einige Schritte vorüber. Dann die Mutter:

„Na ja, Marthchen, heb ihn auf und steck ihn in die Tasche, damit's keiner sieht. Was sollen sonst die Leute von dir denken!"

Als das Kind wieder an ihrer Seite ist:

„Weißt du, Martha, du hast doch gestern den einen weißen Handschuh vom Fräulein verbracht. Welcher war's denn?"

„Der linke, Mama!"

„Und den du gefunden hast?"

„Sich weiß nicht."

Sie will in die Tasche greifen und den Handschuh hervorholen.

„Nein, nein, laß, um Gotteswillen!"

Nach einer kurzen Pause:

„Oder weißt du was. Geh schnell in eine Hausflur und fleß nach. Aber, daß es um Gotteswillen keiner beobachtet."

Gehorsam springt das Kind davon. Nach einem Weilchen ist es wieder bei der Mutter.

„Es ist ein rechter Handschuh, Mutti!"

„So! Das ist ja sehr schön. Hoffentlich passen Fräulein die Handschuhe. Da brauche ich ihr keine neuen zu kaufen. Es ist jetzt soviefo alles so entsetzlich teuer. Du nimmst ihr den Handschuh nachher und sagst, du hast ihn im Kinderzimmer gefunden. Hörst du, Martha?

„Ja, Mama!"

*

Die Hauptstadt der Ukraine.

Kiew, die Hauptstadt der Ukraine, in der jetzt erbitterte Kämpfe toben, berichtet jüngst J. Pelisier nach seiner Rückkehr aus Rußland in der Depesche de Toulouse mit Petersburg. Kiew mache im Gegensatz zu dem düster nordischen Petersburg vollkommen den Eindruck einer südlichen, in einer tropischen Stadt. Er schreibt weiter u. a.: „In Petersburg sieht die Bevölkerung zurzeit elend, vernachlässigt und unglücklich aus, was einen bemitleidenswerten Eindruck macht. Sie sind unfreundlich, hart, verschlossen. Spricht man jemand an, so antwortet er entweder herausfordernd oder gereizt. Jeder fühlt eben in sich die Unsicherheit der derzeitigen Zustände und die peinigende Sorge ums tägliche Brot. Diese schlecht genährten und schlecht gekleideten Leute, die während ganzer Nächte in der Eiseskälte stehen, um sich etwas Brot oder Fleisch zu verschaffen, diese Menge, in der Arbeiter, Bürger, Soldaten, alt und jung, Frauen und Kinder und wilde Horden von Männern abwechseln, die mit Ellbogen und Fäusten sich das Mitkommen auf den Straßenbahnen erzwingen, machen, wie gesagt, einen bemitleidenswerten und betrüblichen Eindruck, was sich von der Hauptstadt der Ukraine keineswegs behaupten läßt.

Hier sind wir mitten im fruchtbaren Kornland, in einer blühend reichen Gegend, die im Ueberfluß Zucker, Gerste, Korn und Mais hervorbringt und jedem, der sich nur ein bißchen Arbeit macht, damit beschenkt.

Auch hier hört man natürlich, daß die Leute sich über die Rationierung beklagen und über das „Anstehen", das auch hier, wie in ganz Rußland, vor den Bäcker- und Schlächterläden üblich ist. Aber es springt einem sofort in die Augen, daß die Polonäsen bei weitem nicht so lang sind wie in Petersburg und jedenfalls nie die Nacht hindurch andauern. Ich muß gestehen, daß es nicht so scheint als ob irgend jemand hier Mangel leidet. Im Garten des „Kaufmannskasino", eines herrlichen Gebäudes, von dem aus man nicht müde wird, die sich in den mächtigen Fluten des Dnjepr spiegelnden prächtigen Sonnenuntergänge zu bewundern, drängt sich jeden Abend eine fröhliche fortlose Menge von elegant gekleideten Herren und Damen, dazwischen Offiziere und Soldaten, Bürger und Arbeiter. Sie ergehen sich bei den Klängen der heiteren Weisen einer Militärkapelle, die allabendlich die Gesellschaft erheitert. Es scheint ein fortgesetztes sommerliches Kirchweihfest und nur mit Mühe kann man sich vorstellen, daß in diesem Moment ganz Rußland eine schwere Krise durchläuft, die seine Existenz bedroht.

Kiew ist tatsächlich reichlich mit allem versorgt und trotz der Beschränkungen, trotz des ausgedehnten Schleichhandels kann man alles, dessen man bedarf, zu verhältnismäßig niedrigen Preisen haben. Nur Fabrikationsartikel sind, wie überall in Rußland, teuer.

Auf den Tramdahnwagen ist dasselbe Gedränge wie in Petersburg und dieselben Trauben von Männern, die sich an Trittbrett und Stangen anhängen, nur um mitzukommen. Der Dienst ist zur Ersparnis von elektrischer Kraft auf ein Drittel beschränkt. Aber die Ordnung, die das Publikum selbst aufrecht zu erhalten bestrebt ist, macht den besten Eindruck. Aus sich selbst heraus, ohne Polizei, die seit der Revolution abgeschafft ist, ohne Absperrung organisiert es sich nach Geschäftsschluß beim Warten in lange Schlangen. Aber es zeigt keine Spur von Nervosität dabei, ist gutgelaunt und freut sich über jeden Scherz, der gemacht wird."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0005

Krieg und Tuberkulose.

Recht bemerkenswert sind die jetzt erschienenen Angaben verschiedener Landesversicherungsanstalten über die Hauptursachen der Invalidität der Rentenempfänger. Die Anstalt der Hansestädte teilt in ihrem Jahresbericht für 1916 mit, daß in rund einem Viertel der Fälle die Ursache der Invalidität in Entkräftung, Blutarmut oder in anderen Krankheiten des Blutes und in Altersschwäche bestanden hätte. Tuberkulose hätte in 5800 von insgesamt 36 483 Fällen die Ursache der Invalidität gebildet. Die Anstalt Hannover gibt an, daß in 30 Prozent aller Invaliditätsfälle Entkräftung, Blutarmut und Altersschwäche die Ursache wären, und die Versicherungsanstalt der Rheinprovinz berichtet, daß in 27 Prozent Lungenschwindsucht die Hauptursache der Invalidität wäre.

Das sind Zahlen aus dem Jahre 1916. Inzwischen sind die Ernährungsverhältnisse schwieriger geworden, was die Gesundheit weitester Volkskreise noch ungünstiger beeinflußt haben wird. Ob die Annektionisten auch daran denken mögen, wenn sie für die endlose Verlängerung des Krieges schwärmen?

Neue Bekanntmachungen.

Kondensierte Milch, Milchpulver und Zichorie wird am Mittwoch in der Talamtschule auf die Nr. 63 001 bis 70 000 abgegeben.

Süßstoff ist in den Apotheken und Drogerien zu haben.

* Zur Zuckerversorgung. Zu der in Nr. 18 des Volksblattes vom 22. Januar d. J. veröffentlichten Notiz: Zwei Millionen Zentner Zucker zurückgehalten, die wir der Deutschen Feinkost entnommen hatten, geht uns vom Nachrichtendienste des Kriegsernährungsamtes die folgende Richtigstellung zu: „Die Annahme, daß die Reichszuckerstelle übergroße Mengen Rohzucker der letzten Kampagne zurückgehalten habe, ist nicht zutreffend, da das am 1. Oktober vorhanden gewesene Quantum von 2 Millionen Zentnern noch nicht den Monatsbedarf deckt. Ein solcher Vorrat ist unbedingt nötig, um in der Uebergangszeit zwischen dem alten und dem neuen Zuckerjahr den Bedarf zu befriedigen. Diese Maßnahme war um so mehr am Platze, als es noch nicht feststand, ob aus der neuen Ernte frühzeitig genug Zucker anfallen würde. Die Bereitstellung von Kohlen für die Zuckerfabriken soll nach Möglichkeit durchgeführt werden. Die Preiserhöhungen halten sich, wie in einer Pressebesprechung im Kriegsernährungsamt ausführlich dargelegt wurde, im Rahmen der erhöhten Produktionskosten. Der größte Teil fällt auf die Erhöhung des Rübenpreises, der in ein angemessenes Verhältnis zu dem Preise der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse gebracht werden mußte, um eine Zurückstellung des Zuckerrübenanbaues gegenüber anderen ertragreichen Früchten zu verhindern und die Zuckerversorgung sicherzustellen."

* Ankauf von Silbersachen durch die Goldankaufsstellen. Um den derzeitigen hohen Stand des Silberpreises auf dem Weltmarkt für die Besserung der deutschen Valuta im Ausland nutzbar zu machen, hat sich das Reichsbankdirektorium entschlossen, vielfachen Anregungen zu entsprechen und den Ankauf von Silbersachen durch die Goldankaufsstellen und Goldankaufsbilfsstellen aufnehmen zu lassen. Den Eigentümern entbehrlicher Silbersachen bietet sich dadurch eine günstige Gelegenheit, ihren Besitz an silbernen Gegenständen zu vorteilhaften Preisen an die Goldankaufsstellen zu veräußern. Für Silbersachen aller Feingehalten ist ein Einheitspreis von 15 Pfennig für das Gramm Silbermetall festgesetzt. Den Einlieferern von Silbersachen wird seitens der Goldankaufsstellen ein künstlerisch ausgestattetes Gedenkblatt verliehen.

Der Silberpreis ist sehr stark gestiegen, weil die Produktion in den Hauptproduktionsländern, den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko infolge der Ablenkung der Arbeitskräfte in die Kriegsindustrien, der fortgesetzten Rekrutierung in Mexiko infolge der inneren Wirren gesunken ist. Der Bedarf ist aber durch die Mehrausprägung von Kleingeld in den Ententeländern und das Silberhamstern in Indien sehr gestiegen. Dazu der starke industrielle Verbrauch. In England kostete die Unze (etwa 31 Gramm) Silber vor dem Kriege etwa 25 Pence (ungefähr zwei Mark); im September wurde der Rekordpreis von 55 Pence erreicht. Seitdem ist der Preis wieder gefallen. In Hamburg wurden vor dem Krieg 72 Mk. für das Kilo Barrensilber gezahlt. Während des Krieges stieg der Silberpreis derart, daß es fast rentabler zu werden schien, die bekanntlich (bei normalen Preis) unterwertigen Silberscheidemünzen einzuschmelzen und das Silber zu verkaufen. Um solche Kriegsgewinne, die bei einem Silberpreis von 200 Mark unmöglich werden, zu verhindern, ist ein Höchstpreis für Feinsilber von 175 Mk. das Kilo festgesetzt worden.

* Vorsicht beim Sameneinkauf. Es werden in letzter Zeit von mehreren Seiten bulgarische und rumänische Gemüsesamen angeboten. In den meisten Fällen sind Ursprung und Züchter nicht zu ermitteln, und es ist keinerlei Gewähr für die Qualität des Samens gegeben. Außerdem sind die unter anderen klimatischen Verhältnissen gewonnenen Samen für den deutschen Anbau meist ganz ungeeignet. Beispielsweise bildet bulgarischer Kopfkohlsamen auf deutschem Boden meist keinen Kopf, sondern schießt ins Kraut. Bei anderen Gemüsearten verhält es sich ebenso. Es wird daher nachdrücklich davor gewarnt, Gemüsesamen zu kaufen, bei dem nicht durch Herkunft und Lieferanten die Güte der Ware verbürgt ist.

* Der Verkehr bei der städtischen Sparkasse war am letzten Quartalswechsel so lebhaft, wie noch nie seit Bestehen der Kasse. In der Zeit vom 28. Dezember 1917 bis 22. Januar 1918 wurden vereinnahmt 4 674 567 Mk., und verausgabt 1 063 883 Mk., mithin mehr vereinnahmt 3 610 684 Mk. Die Einlagen erhöhten sich im Jahre 1917 von 57 947 000 Mk. auf 68 582 000 Mark, einschließlich 1 900 000 Mk. zugeschriebene Zinsen, mithin gegen 1916 mehr 10 635 000 Mk. — Auf Kriegsanleihe sind bis jetzt bei der Sparkasse insgesamt gezeichnet worden: 71 Millionen Mark, wovon 40 Millionen Mark auf die Sparer und 31 Millionen Mark auf Rechnung der Sparkasse entfallen.

* Der Personenverkehr auf der Hettstedter Bahn war bekanntlich stark eingeschränkt worden. Jetzt ist nun wieder eine kleine Besserung eingetreten. Die Bewohner von Dölau und Umgegend brauchen nicht mehr bis Station Rietleben zu laufen, da die Züge bis Dölauer Heide verkehren. Auch geht wieder ein Zug täglich durch bis Hettstedt und zwar ab Halle 2 Uhr nachmittags und am nächsten Morgen früh 5 Uhr ab Hettstedt zurück bis Halle.

* Ackerverpachtung des Bundes für Volkskraft. Die Leitung des Bundes schreibt uns: Der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft hat auf sechs Jahre die folgenden Aecker gepachtet: 1. an der Möslicher Straße 10 Morgen (bereits vollständig besetzt), 2. an der Oppiner Straße 15 Morgen (auch schon besetzt), 3. am Galgenberg 50 Morgen, 4. auf der Giebichensteiner Flur 25 Morgen, 5. im Böllbergefelde 36 Morgen, 6. an der faulen Wietschke (zwischen Tierarzt und Paulus-Kirche) 10 Morgen und endlich 7. am Kanenaer Weg 65 Morgen. Mit der Verpachtung dieser Aecker wird am 1. Februar begonnen, und zwar machen die Aecker am Galgenberg, auf der Giebichensteiner Flur und das Land an der faulen Wietschke den Anfang. Ueber die Verpachtung der übrigen Aecker erfolgt eine weitere Mitteilung. Der Bund hat die Verpflichtung übernommen, für die drei genannten Aecker in erster Linie solche Kleinpächter zu berücksichtigen, die der Bartholomäus- resp. Trotzaer- und Dom-Kirchengemeinde angehören. Für diese bleiben die drei Aecker bis zum 10. Februar reserviert. (Für die Angehörigen der Domgemeinde stehen noch die Aecker am Kanenaer Weg und im Böllbergefelde zur Verfügung. Diese Aecker werden vom 1. März an ausgegeben.) Vom 10. bis 20. Februar werden diejenigen Kleinpächter berücksichtigt, die zurzeit an der Völkerstraße Land besitzen. Diese Maßnahme ist notwendig, weil unglücklicherweise, ob der Acker an der Völkerstraße dem Bund auch im Jahre 1919 verbleiben kann. Vom 20. Februar an erfolgt die Zuschreibung des verbleibenden Restes an Land. Die bisherigen Erfahrungen mit der Verpachtung von Land erfordern neben den üblichen Pachtbedingungen die folgenden besonderen Erfordernisse, von denen nicht abgegangen werden kann: 1. Das Land wird ausschließlich an Mitglieder des Bundes auf sechs Jahre verpachtet. In Zukunft werden in erster Linie diejenigen Ackerland erhalten, die sich dem Bunde angeschlossen haben. 2. Bei der Pacht ist für die Parzelle eine Kaution von 5 Mk. zu bezahlen. Diese Summe wird am Schlusse der Pachtperiode zurückgezahlt oder bei der letzten Pacht angerechnet. Sie verfällt, wenn der Pachtvertrag nicht innegehalten wird. Diese Maßnahme ist notwendig, weil der Bund selber eine große Kaution hinterlegen mußte. Vor allen Dingen aber sind wir gezwungen, diese Maßnahme zu treffen, weil Hunderte von Personen, wie die Erfahrung gezeigt hat, beim Bund Land pachten und dann aus nichtiger Ursache von der Pacht zurücktreten, um dann nach wenigen Tagen wieder Land zu fordern. Auf diese Weise entstehen dem Bunde sehr viele unnütze Kosten. 3. Die Pacht beträgt ganz allgemein für alle genannten Aecker für 300 Quadratmeter 9,50 Mk. 4. Da die Zahl der vorgemeldeten Bewerbungen um Land ganz außerordentlich groß sind, so können mehr als 300 Quadratmeter Land nur dann abgegeben werden, wenn die Kopfzahl der Familie vier und mehr beträgt. 5. Erst nach Versorgung derjenigen Leute mit Ackerland, die noch kein Land besitzen, können auch solche berücksichtigt werden, die bereits anderweitig über solches verfügen. E. Abderhalden.

Für das gleiche Wahlrecht in Preußen

wird die arbeitende Bevölkerung von Halle am nächsten Donnerstag in einer großen

öffentlichen politischen Versammlung,

die der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie Halles nach dem Volkspark einberuft, ihre Stimme erheben. Der Reichstagsabgeordnete E. Vogtherr-Berlin wird über

„Das preußische Landtagswahlrecht"

sprechen.

Keiner darf in dieser Versammlung fehlen, der da will, daß das Dreiklassenwahlrecht falle, dem die Erringung **des allgemeinen und gleichen Wahlrechts** für Preußen Ueberzeugungssache ist! Arbeiter, Bürger! Gestaltet durch Massenerscheinen diese Versammlung zu einem wuchtigen Ausdruck des Volkswillens, zu einer machtvollen Kundgebung

für ein freies Preußenwahlrecht!

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt durch regste Werbetätigkeit für einen Massenbesuch dieser Versammlung!

* Stadttheater. Heute, Dienstag, den 29., findet die Erstaufführung des Fuldschen Lustspiels Jugendfreunde statt. Die Spielleitung führt Adalbert Krivat. Mittwoch, den 30., Iphigenie auf Tauris. Oper von Gluck unter persönlicher Leitung von Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß. Donnerstag, den 31., Undine. Freitag, den 1., Don Juan. Sonnabend, den 2. Doktor und Apotheker, nachmittags 3½ Uhr zum letzten Male Aschenbrödel. Sonntag, den 3., nachmittags 3½ Uhr, zu ermäßigten Preisen Die Fledermaus, abends 7½ Uhr Othello (Oper von Verdi).

* Im Apollo-Theater finden heute und morgen die letzten zwei Aufführungen der Operette Die Kinokönigin statt. Die Operette Der fidele Bauer von Leo Fall wird von der Max Waldow-Gesellschaft vom Donnerstag, den 31. Januar, ab zur Aufführung gebracht. Es wirken in den Ganzrollen die Damen Bartling, Dittmann, Wehn, Prenne, die Herren Trimbur, Oesterling, Labero, Franken, sowie das gesamte übrige Personal mit.

* Vermißt wird seit dem 21. Januar der Schüler Franz Kunth, 21. März 1904 in Halle geboren. Er ist 1,50 Meter groß, hat blondes, kurzes Haar, hohe Stirn, graue Augen, große, abstehende Ohren, schadhafte Zähne, rundes, blasses Gesicht, schlanke Gestalt und aufrechte Körperhaltung. Bei seinem Verschwinden trug er graugrünes Jackett, Leibchenhose, schwarze Schnürschuhe mit Nägeln, schwarze Strümpfe, weißes Hemd und weißen Kragen. Er hat seine Eltern mit Bezug auf sein Schulzeugnis belogen und sich vermutlich aus Furcht vor Strafe ein Leid angetan. Wer über seinen Verbleib Angaben machen kann, wird ersucht, es der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 71, mitzuteilen.

* Freitod durch Ertrinken. In der Nähe der Strommeisterei wurden am Ufer der Saale mehrere Kleidungsstücke einer Frau gefunden, die nach einer hinterlassenen Aufzeichnung anscheinend Selbstmord durch Ertrinken verübt hat. Die in der Göbenstraße wohnhaften Angehörigen wurden benachrichtigt.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Ein Opfer der Bettleidenschaft. Die Schwurgerichtsverhandlungen begannen am Montag mit einer Aburteilung des Magistratsbureaugehilfen und Steuererhebers Oskar W. von Halle wegen Verbrechens im Amte. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Krüger; die Anklagebehörde vertrat Amtsgerichtsrat Erdminger; den Angeklagten verteidigte Rechtsanwalt Aronsohn. Zu Geschworenen wurden ausgelost: Chemiker Hermann Pfeifer und Rentner Willi Kohlig von hier, Gutsbesitzer Paul Koch-Unterpeißen, Prof. Hans Mühlmann und Steinbruchsbesitzer Wilhelm Lersch von hier, Gutsbesitzer Albert Ritschke-Dölau, Kaufmann Artur Dietrich, Kaufmann Johannes Brünner, Rentner Friedrich Simon, Oberrealschuldirektor Dr. Heinrich Scholten und Konditor und Gastwirt Hermann Lerch von hier und Gutsbesitzer Otto Hoffmann-Amsdorf.

Der am 3. November 1877 geborene Angeklagte war beschuldigt, sich der fortgesetzten Unterschlagung von amtlich vereinnahmten Geldern in Höhe von über 7000 Mk. und falscher Führung von Büchern und Listen zur Verschleierung der Unterschlagungen schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte bekundet, daß er im Oktober 1916 von 8000 Mk. ihm anvertrauter Gelder, 1000 Mk. verloren habe, welche Angabe ihm geglaubt worden ist, daß er, um den Verlust wieder einzubringen, Rennwetten gemacht habe, daß er indessen durch wiederholte größere Verluste in Bedrängnis geraten sei, so daß er endlich, um sich über Wasser zu halten, von Ende August bis Anfang Oktober 1917 zunächst 1400 Mk. und dann in schneller Folge bis über 7000 Mk. Steuergelder unterschlagen habe, die er alle in Wetten anlegte, immer hoffend, durch größere Gewinne sich aus seiner Lage befreien zu können.

Der Spruch der Geschworenen lautet auf Schuldig mit Gewährung mildernder Umstände. Der Staatsanwalt beantragt zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger plädiert für eine geringere Strafe und besonders dafür, dem Angeklagten, der offensichtlich nur aus Leichtsinn zu den Unterschlagungen gekommen sei, nicht die bürgerlichen Ehrenrechte zu entziehen. Das Urteil lautet auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft. Auf Ehrverlust wird nicht erkannt.

Allerlei.

Der Schrei nach Einsamkeit.

Vom Lager-Echo, der Zeitschrift für das große deutsche Zivilgefangenlager von Knockaloe auf der Insel Man (in der Irischen See), sind wiederum einige Nummern nach Deutschland gelangt. Ihr Inhalt spiegelt in ergreifender Weise den Seelenzustand der Bedauernswerten wieder, die dort auf der Insel des ewigen Regens, zum größten Teil seit mehr als drei Jahren, voll brennender Sehnsucht der Befreiungsstunde harren. Am allerschwersten wird, wie es scheint, das erzwungene enge Beieinandersein empfunden. Was die überwiegende Mehrzahl der Menschen sonst so liebt und was selbst eigenbrötlerische Naturen nicht ganz vermissen können — Geselligkeit, das ist hier zur drückenden Last zum Fluch geworden; aus allen Berichten dieser melancholischen Zeitschrift ertönt in bitterem Ernst und in bitterem Scherz der Schrei nach Einsamkeit als dem höchsten, leider unerfüllbaren Ideal des Gefangenen. Hören wir, was einer von ihnen schreibt: „Eingeschaft. Sphärenmusik für einen Kriegsgefangenen, der zwei oder drei Jährchen in einen Menschenbrei hinter doppelreihigen Wachtpalisaden verbracht hat. Nur heraus aus dieser menschenreichen Oede! Weg von hier, keinen Menschen (wenigstens keinen männlichen) mehr sehen! Zehn Minuten nur auf einer einsamen, sturmumtosten Berzesspitze, auf einem hundekalten Gletscher, in einem verrückt gewordenen Flugzeug, kurz irgendwo, wo es gefährlich ist, aber wo man niemand seinesgleichen sieht, hört und spricht, damit man sich endlich einmal auf sich selbst besinnen kann. Man lebt hier wie in einem Ameisenhaufen, wie in einem Bienenkorb. Dreißig in einer Budenabteilung! So lange dieses Herdenleben neu war, hatte es jenen bestechenden Glanz, der allen neuen Dingen eigen ist. Man tauschte Erlebnisse aus, man scherzte über Unbequemlichkeiten, man machte Studien. Aber die lange Zeit des engsten Zusammenlebens brachte es mit sich, daß man schließlich in die Mitmenschen wie in die aufgeschnittenen Schweinehälften in einem Schlächterladen hineinsah . . . Wir leben auf der Bühne und können von allen Seiten gesehen werden. Das Harmloseste wird wie das Geheimste geschieht in breiter Oeffentlichkeit. In ohnmächtiger Wut wünscht man sich oft eine Tarnkappe, um den Blicken der anderen zu entgehen. Während vierundzwanzig Stunden des Tages sind wir nicht eine Sekunde allein. Stets umbrandt uns sprechende, schimpfende, fluchende, ja schnarchende Menschheit . . ."

Was der Wein kostet. Nach einer im fränkischen Weinbauverein vorgetragenen Weinmost-Statistik wurden im Herbst 1917 in Unterfranken rund 72 000 Hektoliter Most geerntet mit einem Werte von rund 22 Millionen Mark. Das ist das günstigste Herbstergebnis, das Unterfranken jemals zu verzeichnen hatte. Hiernach kommt der Hektoliter Most auf 300, der Liter auf 3 Mark. Bei solchen Preisen kann man allerdings von einem „besten" Weinjahr sprechen. Solchen Wein zu trinken, können sich aber nur Kriegsgewinner leisten.

Heiteres. Die Entscheidung. Der Herr Minister liebte es, um Zeit und Papier zu sparen, die Verordnungen recht kurz abzufassen. Eines Tages sandte er dem zuständigen Rat nachstehende Verfügung: „Die Klagen über die zunehmende Teuerung mehren sich. Es ist schnell und energisch einzuschreiten." — Da der Rat nicht recht wußte, ob er gegen die Teuerung oder gegen die Leute vorgehen sollte, die Klage geführt hatten, legte er seinem Kollegen das Schriftstück vor, und der entschied nach reiflicher Ueberlegung: „Da bisher bei uns gegen die Teuerung weder schnell noch energisch vorgegangen ist, so kann es sich natürlich nur um ein rasches und entschiedenes Einschreiten gegen die Beschwerdeführer handeln." (Simpl.)

Glück.

Es ist das Glück ein kurzer Traum,
Ein Rausch, ein flüchtig Fieber;
Der's gehabt hat — er schätzt es kaum;
Er merkt's erst, wenn's vorüber.

Dem Regenbogen gleicht das Glück,
Schwimmend im Wolkenmeere;
Vor unsern Händen weicht's zurück,
Wir greifen nur ins Leere.

Sein Farbenspiel am Himmelsdom
Scheint uns so nah, so greifbar;
Es ist ein schillerndes Phantom —
Uns ewig unerreichbar.

Alfred Scholz.

Briefkasten der Redaktion.

L. H. 128. Ihre Tätigkeit (Unternehmen) würde nur dann als hilfsdienstpflichtig gelten, wenn sie als solche vom Feststellungsausschuß beim Generalkommando erklärt wird. Geschieht das nicht, können Sie zu einer hilfsdienstpflichtigen Besschäftigung angehalten werden.

Leuna, Baracke 52, Stube 40. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Hilfsdienstgesetzes bestimmt der Bundesrat. Macht er von dieser Befugnis binnen eines Monats nach Friedensschluß mit den europäischen Großmächten keinen Gebrauch, so tritt das Gesetz von selbst außer Kraft. Es steht aber zu erwarten, daß inzwischen durch ein neues Gesetz einige der Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes (wie z. B. die Arbeiterausschüsse usw.) als dauernde erklärt werden.

K. R. Kl. W. Wenn Sie am 10. Januar aus dem Heeresdienst zur Arbeit entlassen worden sind, müssen Sie am 15. Januar die Familienunterstützung auf die Zeit bis zum 31. Januar nochmals erhalten. Ihre Steuerpflicht beginnt am 1. Februar.

A. J. Döll. Haben Sie durch Weiterzahlung der Beiträge die Mitgliedschaft Ihres Mannes bei der Krankenkasse aufrechterhalten, so hat Ihr Mann auch Anspruch auf Krankengeld, wenn er im Felde erkrankte und im LaZarett liegt. Verlangen Sie das Krankengeld von der Krankenkasse.

R. W., Eisenburg. Das Zeichen bedeutet Erkrankungen des Herzens, die die Kriegstauglichkeit ausschließen, aber im allgemeinen die Tauglichkeit zum Landsturm nicht verhindern.

Sch. in H. Auch die kriegsgetraute Ehefrau des im 20. Lebensjahre stehenden Kriegsteilnehmers hat Anspruch auf die Familienunterstützung, wenn sie „bedürftig" ist.

W. H. Rätsch. Wenn Sie im Januar 1917 mit Rente entlassen worden sind und die Familienunterstützung nicht noch drei Monate erhalten haben, besitzen Sie noch Anspruch darauf. Wenden Sie sich mit einer Beschwerde an den Landrat.

A. M. W. Die städtische Handwerkerschule in Halle besitzt auch eine Fachabteilung für Maschinenbau. Während des Krieges ist jedoch der Tagesunterricht geschlossen, es bestehen nur noch die Abendklassen. Das Schulgeld beträgt halbjährlich 60 Mk.

H. M. S. Zunächst müßte die Frau die Hinterbliebenenrente beantragen, die sie erhält, da der Ehemann länger als ein Jahr vermißt ist. Erst nach Festsetzung dieser Rente kann eine Abfindung für den Fall der Wiederverheiratung in Frage kommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180129-14/fragment/page=0006